

# **Geschichte Oberstufe**

Organisatorisches

Leitfäden

Basiswissen

# CURRICULUM GESCHICHTE IN DER GYMNASIALEN OBERSTUFE

## EINFÜHRUNGSPHASE

1. Inhaltsfeld: Wie Menschen das Fremde und den Fremden wahrnahmen – Fremdsein in weltgeschichtlicher Perspektive
  - Die Darstellung der Germanen in römischer Perspektive
  - Mittelalterliche Weltbilder in Asien und Europa
  - Was Reisende erzählen – Selbst- und Fremdbild in der frühen Neuzeit
  - Fremdsein, Vielfalt und Integration – Migration am Beispiel des Ruhrgebiets im 19. und 20. Jahrhundert
2. Inhaltsfeld: Begegnung von islamischer und christlicher Welt – Konfliktpotenziale und Entwicklungschancen
  - Religion und Staat
  - Die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur
  - Die Kreuzzüge
  - Das Osmanische Reich und „Europa“ in der Frühen Neuzeit
3. Inhaltsfeld: Die Menschenrechte in historischer Perspektive)
  - Ideengeschichtliche Wurzeln und Entwicklungsetappen
  - Durchsetzung der Menschenrechte am Beispiel der Französischen Revolution
  - Geltungsbereiche der Menschenrechte in Vergangenheit und Gegenwart

## QUALIFIKATIONSPHASE

### Themen, die nur den LK betreffen, sind kursiv hervorgehoben

4. Inhaltsfeld: Die moderne Industriegesellschaft zwischen Fortschritt und Krise
  - Die „Zweite Industrielle Revolution“ und die Entstehung der modernen Massengesellschaft
    - Veränderung der Lebenswirklichkeit für die Industriearbeiterschaft in den Bereichen Arbeit und soziale Sicherheit
  - Vom Hochimperialismus zum ersten „modernen“ Krieg der Industriegesellschaft
    - Merkmale, Motive, Ziele, Funktionen und Formen des Imperialismus am Beispiel Afrikas
  - Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise 1929
5. Inhaltsfeld: Die Zeit des Nationalsozialismus Voraussetzungen, Herrschaftsstrukturen, Nachwirkungen und Deutungen
  - Politische und ideologische Voraussetzungen des Nationalsozialismus
  - Die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland und Europa
    - Motive und Formen der Unterstützung, der Anpassung und des Widerstandes am Beispiel der Verschwörer des 20. Juli und an einem Beispiel der Jugendopposition
    - Wirtschaftspolitik
  - Vergangenheitspolitik und „Vergangenheitsbewältigung“
    - Umgang mit dem Nationalsozialismus in den Besatzungszonen
6. Inhaltsfeld: Nationalismus, Nationalstaat und deutsche Identität im 19. und 20. Jahrhundert
  - Die „Deutsche Frage“ im 19. Jahrhundert
  - Volk“ und „Nation“ im Kaiserreich und im Nationalsozialismus
  - Nationale Identität unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit in Deutschland
    - neue Ostpolitik
    - *Stalinnote*
  - Die Überwindung der deutschen Teilung in der friedlichen Revolution von 1989
7. Inhaltsfeld: Friedensschlüsse und Ordnungen des Friedens in der Moderne
  - *Multilateraler Interessensausgleich nach dem Dreißigjährigen Krieg*
  - Europäische Friedensordnung nach den Napoleonischen Kriegen
  - Internationale Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg
  - Konflikte und Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg

## OPERATORENÜBERSICHT

Im Fach Geschichte verteilen sich die Leistungsanforderungen auf drei Anforderungsbereiche (AFB) mit gestuften, aufeinander aufbauendem Schwierigkeitsgrad:

- **Reproduktion (AFB I):** geordnete, sinnvoll strukturierte Wiedergabe von historischen Sachverhalten.
- **Reorganisation und Transfer (AFB II):** selbstständige Erklärung und Erläuterung von historischen Sachverhalten unter Rückgriff auf gelernte Inhalte/Übertragung dieser Sachverhalte auf vergleichbare Zusammenhänge und Strukturen.
- **Reflexion und Problemlösung (AFB III):** Problematisierung, eigenständige Deutung, kritische Reflexion und begründete Bewertung von Quellenaussagen, Darstellungen und ihrer historischen Bedeutung.

Diesen drei Bereichen sind in den Arbeitsanweisungen einer Klausur bestimmte Verben, sogenannte Operatoren, zugeordnet. Diese Operatoren signalisieren Ihnen, welche verschiedenen Elemente, Schritte, Fähigkeiten und Fertigkeiten von Ihnen bei der Lösung einer Aufgabe erwartet werden.

In einer Klausur werden alle drei Anforderungsbereiche – üblicherweise in drei Aufgaben – abgedeckt. Je nach Operator können diese sich überschneiden und verschiedene Lösungsschritte von Ihnen verlangen. Sie sollten die einzelnen Operatoren also identifizieren und deren jeweiligen Anforderungsbereich zuordnen können.

### Anforderungsbereich I – Reproduktion

Operator	Erläuterung	Arbeitsschritte
<b>nennen, aufzählen</b>	zielgerichtet Informationen zusammentragen, ohne diese zu kommentieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifizieren Sie die in der Aufgabe genannten Informationen im Text anhand ihrer besonderen Merkmale.</li> <li>• Stellen Sie die Informationen zusammen und ordnen</li> </ul>
<b>bezeichnen, schildern, skizzieren</b>	historische Sachverhalte, Probleme oder Aussagen erkennen und zutreffend formulieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifizieren Sie den historischen Sachverhalt/das historische Problem/die historische Aussage.</li> <li>• Schreiben Sie den betreffenden Sachverhalt/das Problem/die Aussage in eigenen Worten und logisch verknüpft auf.</li> <li>• Nennen Sie alle zum Sachverhalt gehörenden Fakten.</li> </ul>
<b>aufzeigen, beschreiben, zusammenfassen, wiedergeben</b>	historische Sachverhalte unter Beibehaltung des Sinns auf Wesentliches reduzieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifizieren Sie den historischen Sachverhalt.</li> <li>• Schreiben Sie den betreffenden Sachverhalt in eigenen Worten und logisch verknüpft auf.</li> <li>• Nennen Sie nur die unbedingt notwendigen Fakten.</li> <li>• Beschränken Sie Ihre Beschreibung auf das Wesentliche.</li> <li>• Wiederholen Sie sich nicht.</li> </ul>

### Anforderungsbereich II – Reorganisation und Transfer

Operator	Erläuterung	Arbeitsschritte
<b>analysieren, untersuchen</b>	Materialien oder historische Sachverhalte kriterienorientiert bzw. aspektgeleitet erschließen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellen Sie zu dem Ihnen vorliegenden Material gezielt Fragen nach vorgegebenen oder eigenen Aspekten.</li> <li>• Suchen Sie nach wichtigen Merkmalen bzw. Antworten im Material.</li> <li>• Stellen Sie diese Merkmale bzw. Antworten strukturiert zusammen und legen Sie Ihre Ergebnisse dar.</li> <li>• Arbeiten Sie dadurch Strukturen im Bezug auf die Fragestellung heraus.</li> <li>• Begründen Sie die gewonnenen Ergebnisse gegebenenfalls.</li> </ul>

## OPERATORENÜBERSICHT

<b>begründen, nachweisen</b>	Aussagen (zum Beispiel Urteil, These, Wertung) durch Argumente stützen, die auf historischen Beispielen und anderen Belegen gründen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fassen Sie die zu stützende Aussage kurz zusammen.</li> <li>• Suchen Sie nach wichtigen Merkmalen bzw. Antworten im Material.</li> <li>• Stützen und erläutern Sie diese durch Ihr Hintergrundwissen.</li> </ul>
<b>charakterisieren</b>	historische Sachverhalte in ihren Eigenarten beschreiben und diese dann unter einem bestimmten Gesichtspunkt zusammenfassen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nennen Sie den zu charakterisierenden Sachverhalt.</li> <li>• Suchen Sie im Material nach Merkmalen, Eigenarten oder Informationen, die den Sachverhalt beschreiben.</li> <li>• Ordnen Sie diese Merkmale, Eigenarten oder Informationen und fassen Sie sie systematisch unter bestimmten Gesichtspunkten zusammen.</li> <li>• Arbeiten Sie abschließend individuelle typische Wesenszüge des Sachverhalts heraus.</li> </ul>
<b>einordnen</b>	einen oder mehrere historische Sachverhalte in einen historischen Zusammenhang stellen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nennen Sie den einzuordnenden Sachverhalt und die zugehörigen, im Material enthaltenen Informationen.</li> <li>• Stellen Sie im engeren und weiteren historischen Zusammenhang Ihre Kenntnisse zum Sachverhalt dar.</li> <li>• Zeigen Sie, wie diese Kenntnisse sich zu den im Text gegebenen Informationen verhalten bezüglich Wortwahl, Vollständigkeit, Wertung der Darstellung etc.</li> <li>• Ziehen Sie aus diesem Verhältnis von Ihren Kenntnissen und den Informationen im Text Schlüsse über den Aussagewert der Quelle und über ihren Verfasser.</li> </ul>
<b>erklären</b>	historische Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang (Theorie, Modell, Regel, Gesetz, Funktionszusammenhang) einordnen und begründen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geben Sie den zu erklärenden Sachverhalt und die zugehörigen, im Material enthaltenen Informationen kurz und strukturiert wieder.</li> <li>• Ordnen Sie diesen historischen Sachverhalt durch Ihr Hintergrundwissen in einen Zusammenhang ein.</li> <li>• Begründen Sie, warum Sie den historischen Sachverhalt in diesen Zusammenhang eingeordnet haben.</li> <li>• Erkennen Sie Unterschiede in der Darstellung des Sachverhalts in der Quelle im Verhältnis zu Ihrem Verständnis des Sachverhalts.</li> <li>• Ziehen Sie hieraus Schlüsse über den Aussagewert der Quelle und über ihren Verfasser.</li> </ul>
<b>erläutern</b>	wie erklären, nur durch zusätzliche Beispiele und Informationen verdeutlichen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wie Operator „erklären“, zusätzlich:</li> <li>• Gestalten Sie Ihre Erläuterung ausführlich, indem Sie sie mit Beispielen und detaillierter dargelegten Informationen weiter anreichern</li> </ul>
<b>herausarbeiten</b>	aus Materialien bestimmte historische Sachverhalte herausfinden, die nicht explizit genannt werden, und Zusammenhänge zwischen ihnen herstellen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geben Sie den herauszuarbeitenden Sachverhalt kurz wieder.</li> <li>• Suchen Sie die direkt genannten und indirekt angedeuteten im Material enthaltenen Informationen bzw. Aussagen hierzu.</li> <li>• Erläutern Sie die Zusammenhänge, zum Beispiel Intentionen oder politische Grundhaltungen mithilfe Ihres Hintergrundwissens.</li> </ul>
<b>gegenüberstellen</b>	wie skizzieren, aber zusätzlich argumentierend gewichten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wie Operator „skizzieren“ zusätzlich:</li> <li>• Charakterisieren sie beide Sachverhalte/ Probleme/ Aussagen in strukturierter Weise jeweils nach den im Text enthaltenen Informationen.</li> <li>• Erläutern Sie diese Informationen auf der Basis Ihres Hintergrundwissens.</li> </ul>

## OPERATORENÜBERSICHT

<b>widerlegen</b>	Argumente dafür anführen, dass eine Behauptung zu Unrecht aufgestellt wird	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fassen Sie den zu widerlegender, Sachverhalt/die Aussage kurz zusammen.</li> <li>• Suchen Sie nach passenden Aspekten im Material hierzu und stellen Sie diese kurz dar.</li> <li>• Zeigen Sie, gestützt auf Ihr mit Beispielen angereichertes Hintergrundwissen, dass die Grundaussage falsch bzw. zu Unrecht aufgestellt ist.</li> </ul>
-------------------	--	---

### Anforderungsbereich III – Reflexion und Problemlösung

<b>beurteilen</b>	den Stellenwert historischer Sachverhalte in einem Zusammenhang bestimmen, um ohne persönlichen Wertebezug zu einem begründeten <b>Sachurteil</b> zu gelangen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellen Sie zu dem Ihnen vorliegenden Material gezielt Fragen nach vorgegebenen oder eigenen Kriterien oder Aspekten.</li> <li>• Suchen Sie nach wichtigen Merkmalen bzw. Antworten im Material.</li> <li>• Stellen Sie diese Merkmale bzw. Antworten strukturiert zusammen und legen Sie Ihre gewonnenen Ergebnisse dar.</li> <li>• Arbeiten Sie dadurch Strukturen im Bezug auf die Fragestellung heraus.</li> <li>• Begründen Sie die gewonnenen Ergebnisse gegebenenfalls.</li> </ul>
<b>bewerten, Stellung nehmen</b>	wie Operator „beurteilen“, aber zusätzlich mit Offenlegen und Begründen eigener Wertmaßstäbe, die Pluralität einschließen und zu einem Werturteil führen, das auf den Wertvorstellungen des Grundgesetzes basiert	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wie Operator „beurteilen“ zusätzlich:</li> <li>• Ordnen Sie die den Sachverhalt/die Hypothese etc. in ein ethisches Wertesystem begründend ein.</li> <li>• Treffen Sie eine Unterscheidung zwischen dem Wertesystem der Entstehungszeit des Ausgangsmaterials und der Zeit, in der Sie verhaftet sind.</li> <li>• Vertreten Sie eine eigene, nach vorgegebenen oder selbst gewählten, begründeten Normen betont subjektiv formulierte Ansicht.</li> </ul>
<b>sich auseinandersetzen, diskutieren</b>	zu einer historischen Problemstellung oder These eine Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geben Sie den zu diskutierenden Sachverhalt/die Hypothese/die Behauptung/die Meinung/das Urteil/die Wertung sehr kurz wieder.</li> <li>• Nennen Sie verschiedene Positionen der wissenschaftlichen Fachdiskussion.</li> <li>• Nennen Sie auf dieser Basis differenziert Argumente für und gegen die historische Problemstellung oder These (Aufbau der Argumentation dialektisch oder steigernd).</li> <li>• Prüfen Sie die Argumente kritisch auf innere Logik auf der Grundlage Ihrer historischen Kenntnisse.</li> <li>• Wagen Sie zwischen den Positionen der wissenschaftlichen Fachdiskussion begründet und sorgfältig ab.</li> <li>• Formulieren Sie eine auf der Grundlage Ihrer fachlicher Kenntnisse und Einsichten beruhende, wertende, wider Einschätzung und fallen Sie ein ausgewogenes Urteil.</li> </ul>
<b>(über-)prüfen</b>	Aussagen (Hypothesen, Behauptungen, Urteile) an historischen Sachverhalten auf ihre Angemessenheit hin untersuchen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geben Sie die zu prüfenden Aussagen kurz wieder.</li> <li>• Prüfen Sie die Aussagen kritisch auf innere Logik und auf der Grundlage Ihrer historischen Kenntnisse.</li> <li>• Nennen Sie die von Ihnen herangezogenen Kriterien zur sachlichen Beurteilung.</li> <li>• Treffen Sie Aussagen über die Richtigkeit, Angemessenheit, Wahrscheinlichkeit, Zumutbarkeit, Anwendbarkeit der Aussagen.</li> <li>• Formulieren Sie abschließend eine in der Sache objektive und begründete Ansicht zu dem Sachverhalt/der Hypothese usw.</li> </ul>

## OPERATORENÜBERSICHT

<b>entwickeln</b>	gewonnene Analyseergebnisse synthetisieren, um zu einer eigenen Deutung zu gelangen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Geben Sie den zu diskutierenden Sachverhalt/die Hypothese/die Behauptung/die Meinung/das Urteil/die Wertung sehr kurz wieder.</li><li>• Geben Sie Ihre zuvor gewonnenen Analyseergebnisse kurz wieder.</li><li>• Entwickeln Sie eine eigene Bewertung/eigene Kategorien/eigene Begrifflichkeiten, die über das im Unterricht Erarbeitete hinausgehen.</li><li>• Gründen Sie Ihre Bewertung auf Hintergrundwissen und Forschungsergebnissen zur Problemstellung, wobei eigene und fremde Lösungsansätze deutlich zu kennzeichnen sind.</li></ul>
<b>vergleichen</b>	auf der Grundlage von Kriterien historische Sachverhalte problembezogen gegenüberstellen, um Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Teil-Identitäten, Ähnlichkeiten, Abweichungen oder Gegensätze zu beurteilen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Geben Sie die zu vergleichenden historischen Sachverhalte wieder.</li><li>• Nennen Sie die eigenen/vorgegebenen Vergleichsaspekte.</li><li>• Trennen Sie wesentliche von unwesentlichen Vergleichsaspekten.</li><li>• Stellen Sie gleiche, ähnliche und unterschiedliche Merkmale der zu vergleichenden Sachverhalte heraus.</li><li>• Formulieren Sie eine abschließende Einschätzung zum Beispiel zur Vergleichbarkeit der Phänomene, zur Analyseleistung, zur Machbarkeit des Vergleichs.</li></ul>

## LEISTUNGSBEWERTUNG

Die Note im Fach Geschichte setzt sich wie folgt zusammen:

50 % Klausuren

50% Sonstige Mitarbeit, bei Schüler\*innen, die das Fach nur mündlich belegt haben 100%.

Zu den Klausuren finden Sie weiter unten einige Bemerkungen. Im Bereich der Sonstigen Mitarbeit gibt es vielfältige Möglichkeiten, die dazu beitragen können.

- mündliche Beiträge im Unterrichtsgespräch
- aktive Teilnahme an Gruppenarbeiten
- Präsentation von Hausaufgaben
- Wikibeiträge und Blogeinträge
- (schriftliche) Übungen und Abfragen
- abgeschlossene Beiträge zu den Kursthemen, z. B.
  - Referate
  - Protokolle
  - Portfolios
  - Aufsätze oder sonstige Ausarbeitungen, z. B. Hausaufgaben

Grundsätzlich wird von Ihnen erwartet, dass Sie sich auf eigene Initiative am Unterrichtsgeschehen beteiligen. Nur in seltenen Fällen werden Sie „drangenommen“ werden. Die sonstigen abgeschlossenen Beiträge können Sie jedoch jederzeit einreichen. Referate sollten Sie mit der Kursleitung absprechen, damit Ihnen Zeit zur Präsentation und Diskussion eingeräumt werden kann.

**FORMALANALYSE****AFB I**

Für gewöhnlich bestehen Geschichtsklausuren mit einer Quelle oder Darstellung als Material aus drei Teilaufgaben:

1. der *Analyse*, 2. der *Einordnung und Erläuterung im historischen Kontext* und 3. der *Beurteilung bzw. kritischen, begründeten Stellungnahme*. Diese Teile bilden zusammengenommen die Quelleninterpretation.

Ihren Arbeitsprozess während der Klausur stellen Sie sich dabei am besten als „Interpretationsspirale“ vor. Das bedeutet, dass man sich gedanklich und vom Arbeitsprozess her zwar im Kreis, aber doch vom Niveau her „nach oben“ bewegt. Die drei Teilaufgaben müssen also nicht unbedingt in einer bestimmten Reihenfolge nacheinander abgearbeitet und „abgehakt“ werden. Sie können vielmehr ebenso gut (und vielleicht: besser) auf Konzeptpapieren vorläufige Antwortideen zu jeder Teilaufgabe ungeordnet so notieren, wie Sie Ihnen im Laufe der Arbeit einfallen. Vor der endgültigen Niederschrift der Klausur sollten Sie allerdings Ihre Notizen und Gedanken in eine nachvollziehbare, an der Reihenfolge der Teilaufgaben ausgerichtete Ordnung bringen.

**AFB 1: Quellenanalyse****KRITERIEN EINER FORMALANALYSE ZU TEXTQUELLEN UND KARIKATUREN**

Nr.*	Schritt	Fragen / Schritte
1 (2)	Redner / Verfasser/ Zeichner und Adressat(en)	Wer ist der Verfasser des Textes bzw. der Redner (bei Abschriften von Reden) oder der Zeichner (bei Karikaturen)? Was können Sie vor Ihrem Hintergrundwissen über ihn sagen (z.B. nationale Perspektive, politischer Hintergrund)? An wen sind seine Ausführungen gerichtet (z.B. Brief: Empfänger; Flugblatt/Zeitungsartikel/Karikatur: Bevölkerung/Öffentlichkeit eines Ortes/Landes, Leser der Zeitung; Rede: Zuhörer im Saal bis zur ganzen Welt, je nach Zeitpunkt und technischen Möglichkeit der Verbreitung...)?
2 (2)	Quellengattung	s. unten
3 (2)	Zeitpunkt der Veröffentlichung und Anlass	Wann und warum ist die Quelle entstanden? <i>Anmerkung:</i> Dies steht häufig im Einleitungstext zur Quelle; ist dort nichts weiter angegeben, ist der Veröffentlichungsort nicht weiter bekannt. Vorsicht: auch unter Quellentexten ist immer der Fundort der Quelle mit einer bibliographischen Angabe genannt. Diese bibliographische Angabe bezieht sich jedoch auf die Quellenedition (d.h. ein später zusammengestelltes Werk mit Quellen aus früherer Zeit) und ist daher <b>nicht</b> mit dem Ort der Veröffentlichung zu verwechseln.
4 (2)	Thema	Worum geht es in diesem Text/ Bild/ Karikatur/ Lied?
5 (2)	Intention	Was will uns der Autor damit sagen, was ist seine Aussageabsicht bzw. was soll durch den Text / die Rede/ die Karikatur erreicht werden (z. B. will er zu etwas aufrufen, mahnen, Ansichten verbreiten)? Hier geht es um die Kernthese des Untersuchungsgegenstandes und ist nicht zu verwechseln mit dem Anlass oder dem Thema.
6 (16)	Strukturierte Wiedergabe (Arbeitsschritte bei Texten)	1. Gliedern Sie den Text in einzelne Abschnitte und formulieren Sie für jeden Abschnitt eine kurze Überschrift. 2. Markieren Sie Schlüsselbegriffe, die für Thema und Intention besonders wichtig sind. 3. Fassen Sie die Textaussage in eigenen Worten zusammen, belegen Sie diese jedoch durch Textverweise (Zitate, Bezüge). Verzichten Sie dabei unbedingt auf Wertungen!



**FORMALANALYSE****AFB I**

	(Arbeitsschritte bei Karikaturen)	Systematisches Beschreiben der Bildelemente: Woraus besteht die Karikatur (z. B. Überschrift, Zeichnung, Bildunterschrift...)? Vorgeschlagene Reihenfolge der Beschreibung: 1. Überschrift 2. Bildvordergrund 3. Bildhintergrund 4. Bildunterschrift Dabei werden Personennamen oder sonstige historische Bezüge <b>noch nicht</b> genannt, dies geschieht im Aufgabenbereich II. Die Sprache ist nicht wertend, Gesichtsausdrücke müssen aber klar kenntlich gemacht werden, z. B. lachend, lächelnd, ernst, konzentriert, verzerrt etc.
--	-----------------------------------	---

Die Reihenfolge der Schritte 1-6 muss nicht immer rigoros dieser Nummerierung folgen, sondern kann unter Umständen aus Gründen der besseren Lesbarkeit variieren. Vor allem die Formulierung der Intention bietet sich auch nach der strukturierten Textwiedergabe an, da diese dann mithilfe des Gedankengangs noch deutlicher werden kann. Die Zahl in Klammern gibt die übliche Gewichtung in Punkten in einer Abiturprüfung an.

Nach Johann Gustav Droysen (1808-1884) gibt es zwei **Quellengattungen**:

**1. Quellen aus dem Bereich der Tradition (Monumente):**

Sie wurden zum Zweck der Erinnerung der Nachwelt hinterlassen. Sie haben einen hohen Grad an Bewusstsein. Ihre Absicht ist zumeist, die Nachwelt bzw. die damalige Öffentlichkeit zu beeindrucken und ihr etwas in der Form zu hinterlassen, wie man gesehen werden wollte.

*Vorteil:*

Diese Quellen besitzen einen hohen Grad an Reflexion.

*Nachteil:*

Diese Quellen besitzen einen hohen Anteil an Subjektivität.

Bsp.:

- Annalen
- Autobiographien
- Bilder / Gemälde
- Biographien
- Chroniken
- Karikaturen
- Münzen mit bestimmten Münzbildern
- Porträts
- Reden
- Skulpturen

**2. Quellen aus dem Bereich des Überrests (Dokumente):**

Diese Quellen sind unbeabsichtigt entstanden, also aus dem Alltags-, Rechts- oder Geschäftsleben oder aus der Politik. Quellen dieser Gattung sind nicht mit der Absicht entstanden, der Nachwelt ein bestimmtes Bild zu vermitteln, sie sollen nicht beeindrucken.

*Vorteil:*

Diese Quellen sind neutral und die Informationen sind zuverlässig.

*Nachteil:*

Diese Quellen sind sehr punktuell. Die Frage nach der Bewertung fällt auf den Historiker zurück.

Bsp.:

- (Ab-)Rechnungen
- Akten
- Briefe
- Geräte
- Münzen
- Urkunden
- Verträge aller Art
- Zeitung (jedoch keine Kommentare)

## KLAUSURBEARBEITUNG

Die auf Droysen zurückgehende Einteilung von Quellen in Tradition und Überrest wurde in jüngster Zeit von der modernen Kulturwissenschaft unter den Begriffen „Dokument“ und „Monument“ wieder aufgegriffen:

**Monumente** sind absichtlich überlieferte Quellen, die den Betrachter beeindrucken sollen. Sie enthalten Botschaften an spätere Generationen.

**Dokumente** hingegen sind unbeabsichtigt überlieferte Quellen, die dem Beobachter zur Verfügung stehen. Sie enthalten Spuren vergangener Wirklichkeiten und werden erst durch einen Perspektivenwechsel zwischen Teilnehmer (aus der Zeit, aus der ein Überrest stammt) und Betrachter (in der Gegenwart) als Zeichen wahrgenommen.

Quelle:

[http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb04/institute/geschichte/didaktik/dokumente/Mat\\_Medien/geschichtsdidaktische-pruefungsthemen/quelleninterpretation/welche-quellengattungen-gibt-es](http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb04/institute/geschichte/didaktik/dokumente/Mat_Medien/geschichtsdidaktische-pruefungsthemen/quelleninterpretation/welche-quellengattungen-gibt-es)

### KRITERIEN EINER FORMALANALYSE ZU LITERATUR BZW. DARSTELLUNGEN

Nr.	Schritt	Fragen / Schritte
1 (2)	Autor  Adressaten	Von wem/woher stammt die Darstellung (häufig ein Historiker/Fachwissenschaftler, seltener ein „gewöhnlicher“ Zeitungsredakteur) An wen richtet sich der Text? (→ in der Regel ein breites fachlich interessiertes Publikum)
2 (2)	Textgattung  Erscheinungsjahr	fast immer eine fachwissenschaftliche Darstellung: ein Auszug aus einer Monographie oder einem Sammelband, ein Zeitungsartikel über einen historischen Sachverhalt Wann ist der Text erschienen? (findet sich in der bibliographischen Angabe bzw. Fundstelle)
3 (4)	Thema	Worum geht es in diesem Text? Womit setzt sich der Autor auseinander, was beurteilt er? (→ hier möglichst präzise zusammenfassen)
4 (18)	Wiedergabe von Inhalt und Gedankengang des Textes	Hier müssen Sie die Kernaussagen des Textes sowie die Argumentation des Autors herausarbeiten. Mögliche Struktur / Leitfragen: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie lautet die Ausgangsthese des Autors?</li> <li>2. Welche Probleme/Ansätze/Chancen eines Phänomens werden genannt? Welchen Sachverhalt stellt er dar?</li> <li>3. Welche Erklärungen liefert er für seine Ausgangsthese?</li> <li>4. Nennt er eventuelle Konsequenzen für zukünftige Entwicklungen?</li> <li>5. Fazit/Zusammenfassung der Erkenntnisse des Autors</li> </ol> <p>Auch hier ist wieder wichtig: Geben Sie nur den Text und die Argumentationsstruktur des Autors wieder und verzichten Sie unbedingt auf eigene Wertungen!</p>

### **AFB 2: Einordnung und Erläuterung im historischen Kontext**

Bei dieser Aufgabe ist einerseits Ihr Wissen zu den Ereignissen der Zeit der Quelle bzw. der von der Literatur behandelten Zeit gefragt, andererseits sollen Sie hier Zusammenhänge zwischen Entwicklungen aufzei-

## KLAUSURBEARBEITUNG

gen, die Sie im Unterricht wahrscheinlich eher separat betrachtet haben. Beziehen Sie dabei Ihr Hintergrundwissen auf die Aspekte des Ausgangstextes.

Beispiel aus einer Probeklausur zum Vormärz:

*Art. 1. Keine in einem nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Staate in Deutscher Sprache im Druck erscheinende Zeit- oder nicht über zwanzig Bogen betragende sonstige Druckschrift politischen Inhalts darf in einem Bundesstaate, ohne vorgängige Genehmigung der Regierung desselben, zugelassen und ausgegeben werden; gegen die Übertreter dieses Verbots ist eben so, wie gegen die Verbreiter verbotener Druckschriften, zu verfahren.*

Begriffe/Fragen	Erläuterung
Deutscher Bund	System Metternich, Restauration als Reaktion auf Napoleon
Genehmigung der Regierung	Pressezensur durch Regierungen, Andersdenkende (→ Demokraten, Liberale, Nationalisten) werden in Ihrer Meinung eingeschränkt
Gegen die Übertreter dieses Verbots ... ist zu verfahren	Karlsbader Beschlüsse von 1819 (Mord an Kotzebue) schränken Freiheit des Einzelnen, der Lehre u. ä. ein, Julirevolution in Frankreich 1830 gibt Liberalen neuen Auftrieb
Warum jetzt diese Artikel?	Hambacher Fest als politische Veranstaltung freiheitlich denkender Menschen verlangt aus Sicht der Restauration Maßnahmen, freiheitliches Gedankengut einzuschränken und die bestehende Machtordnung aufrecht zu erhalten

### **AFB 3: Beurteilung bzw. kritische, begründete Stellungnahme**

Hier kommt es in erster Linie auf den Operator an (vgl. S. 3-6), der in der Aufgabe verwendet wird. Eine Stellungnahme z.B. verlangt von Ihnen hier, dass Sie zunächst noch einmal die Problemstellung bzw. eine These aus dem Ausgangstext **kurz** mit eigenen Worten formulieren und dann ihren Stellenwert innerhalb eines von Ihnen selbst gewählten historischen Zusammenhanges bestimmen. Auf der Grundlage selbstgewählter Wertmaßstäbe – in der Regel die des Grundgesetzes – sollten Sie abwägen, ob diese Behauptung haltbar ist. Wichtig bei Aufgaben im Aufgabenbereich 3 ist es, konkret zu argumentieren. Vermeiden Sie hier pauschale Aussagen oder auch eine stromlinienförmige Argumentation. Gegenrede und Opposition sind zulässig, da man in diesen Aufgaben vor allem Ihr Problembewusstsein sehen will. Sie sollen beweisen, dass Sie aufgrund Ihres Wissens historische Prozesse angemessen beurteilen und dieses Wissen ggf. auf das aktuelle Zeitgeschehen anwenden können. Ein Urteil ist nur dann verwertbar, wenn es historisch fundiert begründet wird. Dazu gehört normalerweise ein Abwägen von Pro- und Contra-Argumenten, also kein ereignisgeschichtlicher Abriss, sondern eine eigene Stellungnahme, die sich aus der Darstellung schlüssig ergibt. Egal zu welchem Urteil Sie am Ende kommen, in der Benotung wird **nicht** Ihre Meinung, sondern deren **adäquate Begründung** und der Weg zu dieser Meinung bewertet.

## KLAUSURBEARBEITUNG

### Urteilsbildung:

Insgesamt wird zwischen Sach- und Werturteil unterschieden. Der Unterschied besteht darin, dass ein Sachurteil (Operator: „beurteilen“) ein objektiv überprüfbares, begründetes Urteil auf der Basis historischer Zusammenhänge ist, während bei einem Werturteil (Operatoren: „bewerten“, „Stellung nehmen“, „sich auseinandersetzen“) zusätzlich Ihre persönliche Wertung im Rahmen eigener Wertmaßstäbe gefordert wird. Diese basieren auf den Gedanken des deutschen Grundgesetzes (freiheitlich-demokratische Grundordnung, Menschenrechte etc.), wobei die Schwerpunktsetzung innerhalb dieses Rahmens durchaus unterschiedlich sein kann (sozial orientiert, liberal, konservativ, grün, bis zu einem gewissen Grad sogar national bzw. sozialistisch).

Folgende Tabelle kann Ihnen helfen, Urteile kategorienbasiert (d.h. unter konkreten Maßstäben und unter übergeordneten Normbegriffen) zu fällen:

<b>Analyse</b>	<b>Sachurteil</b>	<b>Werturteil</b>
<b>Faktenwissen</b> (Ereignisse, Abläufe, Zustände...)  <b>Strukturwissen</b> (politische Systeme und Formationen; soziale Gebilde, wirtschaftliche, kulturelle geographische Zusammenhänge...)  <b>Begriffswissen</b> (Sachbegriffe des historisch-politischen Bereichs: z. B. Staatsformen, Regierungsformen, Rechts- und Wirtschaftssysteme, soziale Begriffe: Klasse, Gruppe, Schicht usw.)	<b>Deutungskategorien:</b> - Interesse, Macht, Ordnung, Revolution... (politisch pragmatischer Bereich) - Vorurteil, Identifikation, Angst, Einstellung... (sozialpsychologischer Bereich) - Bedeutung, Folgewirkung, Nebenwirkung, Ursache – Folge, Entwicklung, Kontinuität, Diskontinuität... (Prozessbegriffe) - Schluss, Beweis, Widerspruch, Hypothese, Richtigkeit, Wahrheit... (logischer Bereich)	<b>Normative Begriffe:</b> Recht, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Sicherheit, Frieden, Fortschritt ... samt den Gegenbegriffen Wertsysteme der politisch-sozialen Ordnung: (z. B.): Grundrechte, Gewaltenteilung und -ballung, Volkssouveränität, Gottesgnadentum, Gleichheitspostulat, Ordogedanke, Liberalismus, Sozialismus, Nationalismus, ständische Ordnung, demokratische Systeme, Utopien als Wertsysteme

*Sachurteile* stellen eine Tatsachenbehauptung auf, die im Bereich der Naturwissenschaften empirisch prüfbar ist. Auf dem Wege der empirischen Prüfung lässt sich (zumindest prinzipiell) die Wahrheit oder Falschheit der Tatsachenbehauptung erweisen. In der Realität ergibt sich dennoch oft die Schwierigkeit, dass der Laie mit sich widersprechenden Sachurteilen konfrontiert wird, deren Richtigkeit er selbst nicht beurteilen kann.

*Werturteile* stellen keine Tatsachenbehauptungen auf, sondern bewerten Sachverhalte als gut oder schlecht. Diese Bewertung geschieht auf Grund von individuell verschiedenen Werten, die weder empirisch prüfbar noch wahr oder falsch sind. Verschiedene Werte führen häufig zu verschiedenen und oft nicht zu vereinbarenden Beurteilungen.

# KLAUSURBEARBEITUNG

## Zusammenfassung

Sachurteil	Werturteil
<ul style="list-style-type: none"><li>• positiv</li><li>• beweisbar, d.h. an der Empirie falsifizierbar</li><li>• logisch überprüfbar</li><li>• objektiv, d.h. intersubjektiv übertragbar</li><li>• wissenschaftlich</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• normativ, ethisch</li><li>• nicht beweisbar, d.h. nicht falsifizierbar</li><li>• logisch nicht überprüfbar</li><li>• subjektiv, d.h. intersubjektiv nicht ohne weiteres übertragbar</li><li>• politisch</li></ul>

## Weitere Klausurhilfen

Die folgenden Anmerkungen beziehen sich auf eine LK-Vorabiturklausur, die Beispiele sind den Schülerlösungen entnommen.

### Anforderungsbereich 1

- Alle Punkte der Formalanalyse beachten
- Adressaten präzisieren: „Die Zeichnung richtet sich an das Volk.“ (Das Volk Äquatorialguineas? Nepals? - immer die Bevölkerung des Landes nennen, z. B. die deutsche Bevölkerung/ die politisch interessierte amerikanische Öffentlichkeit etc.)
- Intention kann zunächst hypothesenartig formuliert werden, wenn sie am Ende revidiert wird
- Thema ≠ Intention! (Thema: Worüber spricht der Autor/Redner? – Intention: Welches Ziel verfolgt er mit seiner Argumentation? / Wie lautet die Aussageabsicht? / Welche Position vertritt der Autor/Redner zum Thema/zur Problemstellung? **Nicht:** er möchte seine Meinung äußern; er möchte seine Zuhörer überzeugen; ähnliche, nicht inhaltliche Generalisierungen)
- thesenartige Zusammenfassung der Abschnitte: Überschrift formulieren, These für den Abschnitt herausarbeiten und mit Beispielen aus dem Text **in eigenen Worten** untermauern. Beispiel: *Im darauf folgenden Abschnitt (Z. 47-55) thematisiert Jesse die Rolle der Sowjetunion in Bezug auf das Ende der DDR. Er führt dabei aus, dass Michail Gorbatschow für das Ende der DDR verantwortlich gewesen sei. Dieser habe sein Ziel der Reformierung des Sozialismus nicht erreicht und durch seinen Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Satellitenstaaten der SED die Möglichkeit zu stärkerer Unterdrückung genommen, was die DDR als Staat stabilisiert hätte.*
- Vermeiden Sie eine zu ausführliche Wiedergabe des Textes (s. zuvor).
- Tempus: **Präsens mit indirekter Rede** (Beispiel aus dem Ausgangstext: „Auf Jahrzehnte der Konfrontation folgt nicht über Nacht eine Epoche der Kooperation.“ Wiedergabe im AFB I: „Schmidt führt aus, dass auf die lange Zeit der Konflikte nicht plötzlich eine Ära der Zusammenarbeit folgen könne.“ oder „Auf die lange Zeit der Konflikte können nicht plötzlich eine Ära der Zusammenarbeit folgen.“

### Anforderungsbereich 2

- Tempus: **Präteritum**
- Die Erläuterung der genannten historischen Ereignisse ist essentiell. **Gehen Sie davon aus, dass Sie jemandem die Ereignisse erklären, der davon absolut keine Ahnung hat.**
- Kommentierungen, Wertungen und Spekulationen vermeiden („was nicht verwunderlich ist“, „natürlich“, „richtig“ oder „falsch“ in Bezug auf Äußerungen im Ausgangstext, „vielleicht“, „eventuell“, „sicherlich“, „bestimmt“...) - hier wird ein sachlich-neutraler Stil und die Darstellung von Fakten verlangt.
- Keine Streuschussmethode (d.h. Sie schreiben alles auf, was Ihnen einfällt in der Hoffnung, dass irgendetwas davon zutrifft)! Fokussieren Sie sich auf das, was in der Aufgabenstellung gefordert wird. Diese Punkte erläutern Sie jedoch so präzise und detailliert wie möglich.

## KLAUSURBEARBEITUNG

- Obacht vor Verallgemeinerungen! Beispiel: „Die Beziehungen zwischen Polen und der BRD wurden im Warschauer Vertrag vom 07.12.1970 normalisiert.“ - Was heißt das? Wie war das Verhältnis vorher, was ändert sich durch die „Normalisierung“ für die beiden Staaten? (Lösungsbeispiel: *„Polen war das erste Land, das von Hitler im Zweiten Weltkrieg überfallen wurde. Durch den Vertrag und den „Kniefall von Warschau“ erkannte Brandt die Schuld seiner Nation an und bat um Vergebung. Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze war dabei die Garantie der Bundesrepublik, dass sie keine Ansprüche auf ehemalige deutsche Ostgebiete stellte und somit nach einem friedlichen Miteinander strebte. Brandt setzte hiermit ein Zeichen zur Aussöhnung und zur Überwindung der historisch bedingten Vorbehalte Polens gegenüber Deutschland.“*)
- Bei der Erstnennung von Personen: vollständiger Name (inkl. Vorname) und Funktion (Staatspräsident, Bundeskanzler, Minister etc.) der betreffenden Person, danach genügt der Nachname (nicht: ausschließlich der Vorname!). Beispiel (Ulbricht wird das erste Mal im Gesamttext der Klausur erwähnt): „Am 3.5.1971 wurde Ulbricht gestürzt.“ Lösungsvorschlag: *„Am 3.5.1971 wurde DDR-Staatschef (oder: „der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED“) Walter Ulbricht gestürzt (und durch Erich Honecker ersetzt).“*

### Anforderungsbereich 3

- Stellen Sie keine unbegründeten Thesen und Teilresultate auf! Beispiel: „Die KSZE-Verträge trugen zum Zusammenbruch des Ostblocks bei und stellten den Höhe- und Wendepunkt der Entspannung dar.“ 4 Warum war dies so? (Antwort: *„ Einerseits handelte es sich um einen Höhepunkt, da erstmals seit dem Beginn des Ost-West-Konfliktes multilaterale Absprachen getroffen wurden, denen sich fast alle europäischen Staaten sowie die Supermächte und Kanada verpflichteten. Andererseits folgte auf die Konferenz ab 1978 wieder eine Phase der Verhärtung. So führte die Modernisierung der Atomwaffen in Ostdeutschland durch die Sowjetunion zu einer Reaktion der NATO, die schließlich im NATO-Doppelbeschluss mündete: Auch die Staaten des Westens modernisierten ihre Atomarsenale in Westdeutschland, was insgesamt eine Verschärfung der Beziehungen bedeutete. Gleichwohl ließen die Regierungen des Westens die Tür zur Abrüstung offen: würden die Sowjets ihre Waffen aus Ostdeutschland abziehen, würden die Atomwaffen in der Bundesrepublik ebenfalls abgezogen. Die Umsetzung dieser Formel wurde schließlich ab 1987 durch den INF-Vertrag (Zerstörung von Atomwaffen durch die Supermächte bei gleichzeitigem Verzicht auf Wiederaufrüstung) auf den Weg gebracht, begünstigt durch den neu-en Generalsekretär der KPdSU in Moskau, Michail Gorbatschow.“* (... hiermit haben Sie gleichzeitig einen Anknüpfungspunkt zur Perestroika geschlagen, deren Bedeutung für die Einheit Deutschlands (4 eine explizite Forderung Schmidts, Z. 63f.) und die Achtung der Menschenrechte in den Jahren zuvor (4 eine weitere Forderung Schmidts, die sich aus den Beschlüssen der KSZE und Schmidts Forderung nach deren Umsetzung (z. B. Z.99-101) ergibt) Sie im Folgenden mit der der KSZE vergleichen können.)
- Leiten Sie den Aufgabenteil mit einem Bezug auf die zu kommentierende These ein und geben Sie diese kurz wieder.
- Strukturieren Sie Ihre Argumente nach Zustimmung und Relativierung bzw. Ablehnung.
- Argumentieren Sie! (1. These, 2. Argument, Beleg/Beweis, 3. Beispiel, 4. Schlussfolgerung)
- Beenden Sie Ihren Kommentar mit einem abschließenden Fazit. Dies greift keine neuen Punkte auf, sondern fasst die zuvor erarbeiteten Erkenntnisse zusammen und formuliert ein Ergebnis.

### **Alle AFB: Verzicht auf Füllwörter, Allerweltswörter und unpräzise Formulierungen, z. B.**

irgendwie	alles	halt
so	sehr	eben
da (zeitlich gebraucht)	Sache	

## KLAUSURBEARBEITUNG

### Formulierungshilfen

#### AFB I

Der Autor/Redner/Zeichner...

... (er)mahnt	...fügt hinzu	...unterstreicht
...argumentiert, dass	...führt ... vor Augen	...verdeutlicht
...behauptet	...führt an	...vertritt die Position
...belegt	...räumt ein	...widerspricht
...betont	...relativiert	...wirft ein
...fährt fort mit/indem	...stellt dar	...
...fordert	...stellt heraus	

#### Weitere Formulierungen

- ..., wie der Autor aussagt,...
- Als wesentlich bezeichnet der Redner...
- Es sei nicht zu leugnen,...
- Es sei nicht zu widerlegen,...
- Man müsse bedenken,...
- Nach Ansicht des Autors...
- So sieht der Verfasser, dass...

#### AFB II/III

- Diese bestehen aus ...
- einerseits, andererseits ...
- Trotz ..., bleibt die unterschiedliche Zielrichtung ...
- demgegenüber ...
- Das hat verschiedene Gründe ...
- Ein Zeichen dafür sind ...
- Teils dadurch, teils aber ..
- Diese Ausgangsposition lässt sich... auf die Tatsache ... beschränken.
- ... im eigentlichen Sinn ...
- Dies läuft auf zwei Ebenen nebeneinander ...
- zum einen, zum anderen ...
- Dies ist in der Aussage ... erkennbar, zu erkennen
- Dabei wird der Begriff ... benutzt.
- im Sinne von...
- einer der wichtigsten Punkte dabei ist ...
- allerdings ...
- Insgesamt ist festzustellen, dass ...
- Einer der Auslöser ...
- Erste Auswirkungen waren ...
- ... unmittelbare Folge...
- ... wurde als ... angesehen...
- Gleichzeitig wandelte ...
- ... kann nicht festgestellt werden.
- Allenfalls könnte .... unter diesen Gesichtspunkt fallen.
- ... ist wieder mehrfach nachweisbar.
- So ...
- ... indessen..
- Ebenso war dies eine Antwort auf ..
- ... zeigte ..
- Dies offenbart ...
- Besonders ...
- Dies ging auf ... zurück.
- ...dagegen.

## KLAUSURBEARBEITUNG

### AFB III

- ist unzweifelhaft, wenn auch ...
- nicht übersehen werden darf, dass ..
- ... ist nur teilweise richtig. Richtig ist, dass... Ebenso richtig ist aber auch, dass ...
- ist mehr Wunschenken, Ansicht, Meinung etc als ...
- Hier zeigt am deutlichsten, deutlich, erneut, wiederholt etc, dass
- Mir scheint, dass...
- Fakt ist, dass ..
- Der Punkt ist, dass ...
- Das beweist, dass ...
- Letztlich läuft es darauf hinaus, dass ...
- Es ist offensichtlich/offenkundig, dass ...
- Es ist sicher, dass ...
- Man kann sagen, dass ...
- Es ist klar, dass ...
- Es gibt viele Gründe für ...
- Es stimmt nur bedingt, dass ...
- Dem kann ich nur unter Vorbehalt zustimmen.
- Dem kann nur unter Vorbehalt zugestimmt werden.
- Das ist nicht unbedingt der Fall.
- Es ist nicht so einfach wie es scheint.
- Man muss mehr berücksichtigen als das
- Das Problem ist, dass ...
- Das steht völlig im Widerspruch zu ...
- Ich kann diese Auffassung nicht teilen.
- Wo ich widersprechen muss, ist ...
- Im Gegensatz zum Autor denke ich, dass
- Dafür gibt es verschiedene/mehrere/viele Gründe.
- Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass ...
- Im Gegensatz dazu steht ...
- Ein weiterer Aspekt ist ...
- In dieser Beziehung ...
- Das Ergebnis davon ist, dass...
- Obwohl ... wahr ist, wäre es falsch zu behaupten ...
- Das trifft in gewissen Fällen vielleicht zu, aber ...
- Nehmen wir z.B. (den Fall von) ...
- Betrachten wir ...
- Zum Beispiel ...
- Aller Wahrscheinlichkeit nach ...
- Es ist wichtig zu erwähnen, dass ...
- Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ...
- Wägt man das Für und Wider ab, lässt sich konstatieren/feststellen/festhalten, dass ...



# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## AUFGABENSTELLUNG UND AUSGANGSTEXT

### Aufgabenstellung

Interpretieren Sie das vorliegende Material, indem Sie

1. es analysieren (26 Punkte),
2. es in den historischen Kontext der Jahre 1812-1820 einordnen (16 Punkte) und Metternichs Forderungen politisch charakterisieren (12 Punkte) und
3. Metternichs Forderungen beurteilen (26 Punkte).

### **Brief des österreichischen Staatskanzlers Klemens Wenzel Fürst von Metternich an seinen Mitarbeiter Friedrich von Gentz vom 17. Juni 1819**

*Nach dem Mord des Burschenschaftlers Carl Ludwig Sand an August v. Kotzebue entwickelte der österreichische Staatskanzler Klemens v. Metternich in einem Brief an seinen engsten Mitarbeiter Friedrich v. Gentz vom 17.6.1819 Überlegungen, wie die deutschen Regierungen reagieren sollten:*

Das größte und demnach das dringendste Uebel ist heute die Presse. Die bezüglichlichen Maßregeln, die ich dem Carlsbader Congresse vorzuschlagen gedenke, theile ich Ihnen um so lieber mit, als ich wünsche, daß Sie mir Ihre Meinung über meine Grundideen ohne Hehl sagen und sich in den Stand setzen, mir in Carlsbad, woselbst das Geschäft ohne Verzug beginnen muß, um in wenigen Augenblicken durchgeführt zu werden, 5  
thätig zur Hand zu gehen.

Meine Vorschläge sind kurz die folgenden:

Die sämtlichen deutschen Höfe vereinigen sich über Maßregeln, welche ihnen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und in dem reinen Sinne der wechselseitigen Unterstützung, welcher die Grundlage des Deutschen Bundes ist, nöthig scheinen.

10 Sie gehen hierbei von dem Grundbegriffe des Bundeswesens aus, daß nämlich Deutschland aus souverainen Staaten besteht, welche sich wechselseitig zu Schutz und Hilfe verstanden haben und, indem sie in administrativer Hinsicht unter sich getrennt stehen, gegen das Ausland als eine Gesamtmacht erscheinen.

Die innere Ruhe des Bundes kann durch materielle Eingriffe des einen deutschen Staates in die souverainen Rechte des anderen gefährdet und selbst gestört werden. Sie kann es aber auch durch die moralische Einwirkung der Regierung auf andere, oder durch die Umtriebe irgend einer Partei werden. Wird diese Partei durch 15  
einen deutschen Staat unterstützt – oder findet sie nur Schutz bei einem derselben – findet sie unter diesem Schutze die Mittel, ihre Hebel gegen Nachbarstaaten in dem Nachbarstaate aufzulehnen, so ist die innere Ruhe des Bundes bedroht und der Fürst, welcher den Unfug in seinem Lande gestattet, macht sich der Felonie [des Hochverrats] gegen den Bund schuldig.

20 Die sämtlichen deutschen Regierungen haben die Ueberzeugung geschöpft, daß die Presse heute einer, alle bestehenden Regierungen untergrabenden Partei dient. Die über ganz Deutschland verbreitete Nationalität macht, daß es nicht in der Gewalt der einzelnen Staaten steht, ihre Grenzen vor dem Uebel zu bewahren; wenn diese Wahrheit für einzelne Regierungen besteht, so besteht sie nicht minder für alle deutschen Regie-

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## AUFGABENSTELLUNG UND AUSGANGSTEXT

25 rungen, insofern ein Einziger deutscher Staat – er sei selbst der kleinste unter ihnen – sich von der Ergreifung gemeinsamer Maßregeln zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe ausschließen wollte.

Der Bund hat das Recht, jeden einzelnen Theil zur Erfüllung der gemeinsamen Pflichten aufzufordern. Im Falle er sich zu selber nicht bereit finden sollte, so hat der Bund das Recht, ihn hierzu zu zwingen.

30 Aus dem Bundeswesen ergibt sich übrigens, daß Alles, was in einzelnen souverainen und europäischen Staaten möglich ist, nicht stets in den souverainen deutschen Bundesstaaten möglich sein kann. So z.B. kann Frankreich und England allerdings die Freiheit der Presse gestatten und sogar den Grundsatz aufstellen, daß diese Freiheit eine unerläßliche Bedingung des reinen Repräsentativ-Systems ausmache. In Frankreich und in England können Gesetze gemacht werden, welche den Mißbrauch der Presse in Beziehung auf die Verfassung der beiden Staaten beschränken.

35 Ich zweifle jedoch, daß der eine oder der andere dieser Staaten als einen Grundbegriff der Freiheit der Presse ansehen dürfte, alle Werke, welche in dem einen oder in dem anderen durch eine der Constitution entgegengesetzte Partei zur Untergrabung der bestehenden Institutionen in dem anderen Staate systematisch geschmiedet und bis zur Erzeugung des Aufstandes verbreitet würden, zu dulden. In diesem Falle würde die englische Regierung sicher Klage bei der französischen (und umgekehrt) gegen die Duldung fremder Aufwiegler gegen einen befreundeten Staat führen; sollte die beklagte Regierung nicht Abhilfe gewähren, so hätte die klagführende das unbedingte Recht, ihr den Krieg zu erklären und sich demnach selbst Hilfe und 40 Recht zu schaffen, oder zum Mindesten den Verkehr zwischen den beiden Staaten einzustellen.

Diese im Völkerrechte begründeten Wege der Hilfe sind in Deutschland nicht anwendbar. Das, was in dieser Rücksicht unter europäischen Mächten demnach auf dem Wege der Repression abgethan werden und demselben vorbehalten bleiben kann, muß im Deutschen Bunde durch Präventiv-Gesetze geführt werden.

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## ERWARTUNGSHORIZONT

### Teilaufgabe 1

	<b>Anforderungen</b>	erreichte Punktzahl	max. Punktzahl
	<b>Der Prüfling</b>		
1	benennt Klemens Wenzel Fürst von Metternich, österreichischer Außenminister, als <b>Autor</b> des Textes und dessen Mitarbeiter Friedrich von Gentz als <b>Adressaten</b> .		2
2	charakterisiert die <b>Quellengattung</b> als politischen, semi-offiziellen Brief (Dokument/Überrest) und nennt das <b>Erscheinungsdatum</b> (17.06.1819).		2
3	nimmt eine erste grobe historische Einordnung vor, indem er die Ermordung des Bühnendichters August von Kotzebue durch den Studenten Carl Ludwig Sand und den bevorstehenden Karlsbader Kongress als <b>Anlass</b> herausarbeitet.		2
4	arbeitet als <b>Thema</b> die Überlegungen über das gemeinsame Vorgehen auf dem Karlsbader Kongress und Darstellung konkreter Vorschläge zu politischen Fragen heraus.		2
5	arbeitet die <b>Intention</b> des Briefes heraus: Einschränkung und Maßregelung der Presse zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung.		2
6	<p>gibt <b>Inhalt</b> und <b>Argumentationsstruktur</b> der Quelle in etwa folgendermaßen wieder:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vereinbarung/These: Hauptgegner sei die Presse (Z. 1-5):</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- diese müsse erfolgreich bekämpft werden;</li> <li>- Verabredung zwischen Metternich und Gentz über ein gemeinsames Handeln auf der bevorstehenden Konferenz.</li> </ul> </li> <li>• <b>Metternichs Ziel auf der Karlsbader Konferenz (Z. 6-19):</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es soll ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen aller deutschen Regenten gegen Unruhen und Umsturtendenzen vereinbart werden;</li> <li>- Duldung von Aufruhen gegen den Bund innerhalb eines Mitgliedstaates sei Hochverrat und müsse strikt unterbunden werden.</li> </ul> </li> <li>• <b>Darlegung der Problemstellung (Z. 20-27):</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Länder des Deutschen Bundes besäßen alleine nur begrenzte Möglichkeiten, sich der nationalen Bewegung entgegenzustellen;</li> <li>- die Presse untergrabe alle bestehenden Regierungen;</li> <li>- werde auch nur eine Regierung gefährdet, so seien alle in Gefahr;</li> <li>- daher habe der Deutsche Bund das Recht und die Pflicht, in jedem von Unruhe betroffenen Mitgliedsstaat zu intervenieren.</li> </ul> </li> <li>• <b>Darlegung rechtlicher Besonderheiten des Deutschen Bundes im Vergleich zu Nationalstaaten (Z. 28-41):</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es bestehe ein Unterschied zwischen Deutschem Bund und den Nationalstaaten England und Frankreich;</li> <li>- England und Frankreich könnten den „Missbrauch“ der Presse zur Untergrabung der staatlichen Ordnung gesetzlich verbieten und gegen einen fremden Staat, der derartige Tendenzen unterstützt, gemäß Völkerrecht juristisch und militärisch vorgehen.</li> </ul> </li> <li>• <b>Fazit (Z. 42-44):</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Länder des Deutschen Bundes hingegen könnten nicht völkerrechtlich gegeneinander vorgehen, sondern sie müssten durch „Präventiv-Gesetze“ handeln.</li> </ul> </li> </ul> <p><b>Orientierung für eine 8 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Die Hauptaussagen der Quelle werden, z. B. im textdurchschreitenden Verfahren, zutreffend zusammengefasst.</p> <p><b>Orientierung für eine 16 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Die Hauptaussagen der Quelle werden auf der Grundlage einer Gliederung zutreffend und mit deutlicher Akzentuierung so herausgearbeitet, dass Inhalt und gedanklicher Aufbau der Quelle deutlich werden.</p>		16
7	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium		(2)

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## ERWARTUNGSHORIZONT

### Teilaufgabe 2

	<b>Anforderungen</b>	erreichte Punktzahl	max. Punktzahl
	<b>Der Prüfling</b>		
1	<p>ordnet den Brief in den historischen Kontext von 1812-1820 ein und führt dabei <b>z. B.</b> folgende Aspekte aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Erstarken des Nationalismus in Deutschland</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- militärische und politische Besetzung Deutschlands (Rheinbund) durch Vasallen, Auflösung des Heiligen Römischen Reiches und Demütigung Preußens durch Napoleon in Folge der Schlachten bei Jena und Auerstedt 1806;</li> <li>- Reaktion auf Napoleons Herrschaft durch die Preußischen Reformen und Anerkennung des überlegenen Staatssystems der französischen Revolution;</li> <li>- Umschwenken der anfänglichen Begeisterung für Napoleon in radikale Ablehnung durch dessen Einsatz deutscher Soldaten für französische Feldzüge;</li> <li>- Aufkündigung der Treue zu Napoleon durch die Rheinbundtruppen in der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813 („Deutsche schießen nicht mehr auf Deutsche“);</li> <li>- weit verbreitete nationale Tendenzen und Streben nach Zusammenschluss in einem Staat in der deutschen Bevölkerung (Arndt: „Was ist des Deutschen Vaterland?“).</li> </ul> </li> <li>• <b>politische Neuordnung Europas im Wiener Kongress 1814/15</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Restauration: Wiederherstellung der territorialen Situation von 1792 in Bezug auf Frankreich, Einsetzung von 37 Fürstentümern im Deutschen Bund,</li> <li>- Legitimität: Wiedereinsetzung der alten Dynastien und Verdammung Napoleons, der die legitimen und gottgegebenen Herrschaftsverhältnisse in Europa revolutioniert habe;</li> <li>- Solidarität: Heilige Allianz zwischen Österreich, Russland und Preußen mit dem Ziel, die revolutionären Strömungen in Europa einzudämmen;</li> <li>- Deutscher Bund: lockeres Staatenbündnis weiterhin souveräner und freier Fürstentümer;</li> <li>- Vorantreiben dieser Tendenzen vor allem durch den österreichischen Außenminister Klemens Wenzel Fürst von Metternich.</li> </ul> </li> <li>• <b>Durchsetzung der restaurativen Politik durch Metternich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gründung von Burschenschaften ab 1815 zur Vertretung nationaler Interessen an den Universitäten als Reaktion auf den als Enttäuschung empfundenen Deutschen Bund;</li> <li>- Wartburgfest im Oktober 1817 zur Feier des Sieges in der Völkerschlacht bei Leipzig und der 300-Jahrfeier Luthers Thesenanschlags als Symbol des Aufbegehrens, dabei Verbrennung nichtdeutscher Schriften;</li> <li>- Erlass der Karlsbader Beschlüsse als Reaktion auf die Ermordung des reaktionären Bühnendichters August von Kotzebue durch den Burschenschaftler Carl Ludwig Sand im März 1819, vorangetrieben von Metternich (Aufhebung der Presse- und Meinungsfreiheit, Freiheit der Lehre, Einschränkung der persönlichen Freiheiten durch Mainzer Überwachungsbehörde);</li> <li>- Zerstörung gesamtdeutscher Hoffnungen;</li> <li>- Rückzug bürgerlicher Denker ins Private aus Angst vor Gefängnisstrafen (Beginn der Biedermeierzeit).</li> </ul> </li> </ul> <p><b>Orientierung für eine 8 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Insgesamt vier Punkte aus zwei Hauptaspekten werden in Grundzügen erläutert und zur Quelle in Beziehung gesetzt. Die Darstellung enthält keine wesentlichen sachlichen Mängel und weist grundlegende historische Kenntnisse nach.</p> <p><b>Orientierung für eine 16 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Insgesamt fünf Punkte aus den drei Hauptaspekten werden auf der Grundlage breiter histori-</p>		16

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## ERWARTUNGSHORIZONT

	<p>scher Kenntnisse detailliert und zusammenhängend erläutert und sachgerecht auf die Quelle bezogen. Die Darstellung enthält keine sachlichen Fehler.</p>		
2	<p>charakterisiert Metternichs Forderungen und führt dabei z.B. folgende Aspekte aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>pressefeindlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bezeichnung der Presse als „größte[s] und damit dringendste[s] Uebel“ (Z. 1);</li> <li>- Presse als Gefahr für sämtliche Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes (Z. 20-25);</li> <li>- Präventivgesetze zur Sicherstellung der Ordnung und damit des <i>status quo</i> (Z. 44)</li> </ul> </li> <li>• <b>solidarisch</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bundeswesen unterscheide sich von anderen europäischen Staaten und daher seien einige Grundsätze des Völkerrechts auf Deutschland nicht anwendbar (vgl. Z. 42-44);</li> <li>- Maßnahmen gegen die Presse müssen in allen Bundesstaaten umgesetzt werden, da die Bundesakte sie dazu verpflichtet (Z. 20-25);</li> <li>- Duldung der freien Presse bedeute „Felonie“ (Z. 19);</li> <li>- bei Zuwiderhandlung müsse der Bund Zwang ausüben (Z. 26 f.).</li> </ul> </li> <li>• <b>machtpolitisch motiviert</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hinweis auf Souveränität der Fürstentümer (Z. 10-12, Z. 29).</li> </ul> </li> <li>• <b>anti-nationalistisch</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nationalbewegung begründet Handeln aller Staaten im Sinne des Bundes (Z. 21 ff.).</li> </ul> </li> </ul> <p>und fasst seine Ergebnisse in einer <b>Deutung</b> zusammen, z. B. als repressive Politik, die dem Machterhalt der souveränen Fürstentümer dienen soll und die Bestrebungen zu einem geeinten Nationalstaat rigoros Einhalt gebieten und gleichsam die Mitgliedstaaten des Bundes vor Alleingängen unter Androhung von Sanktionen ausdrücklich warnen soll.</p> <p><b>Orientierung für eine 6 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Insgesamt drei Aspekte aus zwei Hauptaspekten werden in Grundzügen ausgeführt und zur Quelle in Beziehung gesetzt. Die Darstellung enthält keine wesentlichen sachlichen Mängel und weist grundlegende historische Kenntnisse nach.</p> <p><b>Orientierung für eine 12 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Insgesamt vier Aspekte aus drei Hauptaspekten werden auf der Grundlage breiter historischer Kenntnisse detailliert ausgeführt und sachgerecht auf die Aussagen der Quelle bezogen. Die Darstellung enthält keine sachlichen Fehler.</p>	12	
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium		(4)

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

### Teilaufgabe 3

	Anforderungen	erreichte Punktzahl	max. Punktzahl
	Der Prüfling		
1	<p>beurteilt die Forderungen Metternichs. Dabei führt er <b>z. B.</b> folgende Aspekte aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Zustimmung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verpflichtung der Mitglieder des Bundes zu gegenseitiger Unterstützung;</li> <li>- die Bundesakte ist gleichermaßen für alle Staaten gültig;</li> <li>- tatsächliche Unvergleichbarkeit des Bundes mit Nationalstaaten wie England oder Frankreich;</li> <li>- Streben nach innerer Ruhe wichtiger Aspekt nach über zwanzig Jahren Krieg in Europa;</li> <li>- demokratische Tendenzen haben sich in Europa bislang nicht bewähren können (Er rungenschaften der Französischen Revolution sind schnell in die Terrorherrschaft der Jakobiner ausgeartet);</li> <li>- die Presse ist faktische ein Instrument, die Macht der Fürsten infrage zu stellen;</li> <li>- aus der Rückschau bestätigen Metternichs Maßnahmen den Erhalt von Stabilität.</li> </ul> </li> <li>• <b>Relativierung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umgang mit der Presse als Sache der souveränen deutschen Staaten;</li> <li>- politisch einseitige Behauptung Metternichs, die Presse „sei das größte Uebel“ (Z. 1) im Angesicht nationalistischer Bestrebungen in den Burschenschaften und Teilen des Bürgertums;</li> <li>- unbelegte These, alle deutschen Regierungen seien der Überzeugung, die Presse diene einer „alle Regierungen untergrabenden Partei“ (Z. 20 f.);</li> <li>- implizit postulierte Irreversibilität der Bundesakte missachtet die eigentlichen Forde rungen des Bürgertums nach nationaler Einheit und Beendigung der Kleinstaaterei;</li> <li>- Pressezensur als Mittel der Stärkung für die deutschen Fürstentümer und Schwächung nationaler und liberaler Strömungen;</li> <li>- teilweise vorgeschobene Nichtanwendbarkeit völkerrechtlicher Grundsätze, welche die explizit gewährleistete Souveränität der deutschen Staaten untergräbt;</li> <li>- Bund als reines Instrument der Restauration und der Fürstenherrschaft und Untergra bung freier Meinungsäußerungen;</li> <li>- radikale Diffamierung der Presse als Ganzes ist deutliches Zeichen der Schwäche, Furcht und Eingeständnis, dass das vertretene System mangelbehaftet ist.</li> </ul> </li> <li>• gelangt auf der Basis der zuvor vorgetragenen Argumente zu einem eigenständigen, be gründeten und nachvollziehbaren <b>Sachurteil</b>.</li> </ul> <p><b>Orientierung für eine 13 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf die Quelle zu einem eigenständigen Urteil, wobei drei Aspekte ausgeführt werden. Die Darstellung enthält keine wesentlichen sachlichen Män gel.</p> <p><b>Orientierung für eine 26 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität:</b> Der Prüfling gelangt zu einemeigenständigen abwägenden Urteil auf der Grundlage breiter historischer Kenntnisse, wobei erörternd fünf Aspekte multiperspektivisch und differenziert ausgeführt werden. Die Darstellung enthält keine sachlichen Fehler.</p>	26	
2	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium		(4)

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

Darstellungsleistung

	Anforderungen	erreichte Punktzahl	max. erreichb. Punktzahl
	Der Prüfling		
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.		5
2	verbindet die Ebenen Sachdarstellung, Analyse und Bewertung sicher und transparent.		4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate, Bezüge u. a.).		3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.		4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.		4

### Notenübersicht

Diese Punkteverteilung gilt von der Einführungsphase bis hin zum Abitur.

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl	Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut (+)	15	100-95	befriedigend (-)	7	59-55
sehr gut	14	94-90	ausreichend (+)	6	54-50
sehr gut (-)	13	89-85	ausreichend	5	49-45
gut (+)	12	84-80	ausreichend (-)	4	44-39
gut	11	79-75	mangelhaft (+)	3	38-33
gut (-)	10	74-70	mangelhaft	2	32-27
befriedigend (+)	9	69-65	mangelhaft (-)	1	26-20
befriedigend	8	64-60	ungenügend	0	19-0

### Ausformulierte Musterklausur

#### Aufgabe 1 - Analyse

Quellengattung

Die vorliegende **schriftliche Quelle** ist ein **politischer Brief** des österreichischen

Autor, Datum

Staatskanzlers **Klemens Wenzel Fürst von Metternich** vom **17. Juni 1819**. Metternich war zu dieser Zeit der wohl einflussreichste Politiker im Deutschen Bund, dessen Gründung er 1815 auf dem Wiener Kongress zur Neuordnung Europas in Folge der Napoleonischen Kriege federführend mitgestaltete. Unmittelbarer **Ad-**

Adressat

**ressat** seines Briefes ist sein engster Mitarbeiter **Friedrich von Gentz**.

Anlass I

Metternich verfasste seinen Brief in der **Folge des politischen Attentates** des Studenten Carl Ludwig Sand am reaktionären Bühnendichter August von Kotzebue, in dessen Folge Metternich den **Karlsbader Kongress** einberief. Sein

Anlass II

Schreiben an Gentz dient der Vorbereitung desselben und thematisiert deren **gemeinsames politisches Vorgehen** sowie konkrete Vorschläge zu den nach Met-

Thema

ternich dringendsten politischen Fragen auf dem Kongress.

Metternich eröffnet seinen Brief mit der Kernthese, dass sein politischer Haupt-

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

strukt. Textwiedergabe      gegner und damit das „dringendste und größte Uebel“ (Z. 1) die Presse sei (vgl. Z. Sinnabschnitt 1      1-5). Er stellt heraus, dass diese erfolgreich bekämpft werden müsse und erhofft sich dabei die Unterstützung Gentz‘ auf dem Kongress.

Sinnabschnitt 2      Im Folgenden (Z. 6-19) präsentiert Metternich Gentz seine Ziele für den Karlsbader Kongress. Er fordert dabei ein einheitliches Vorgehen der deutschen Fürsten gegen Unruhen und Umsturtendenzen gegenüber einzelnen Fürstentümern oder dem Deutschen Bund als Ganzem. Allein die Duldung von bundesfeindlichen Parteien und Agitatoren sei Hochverrat am Bund und so verführende Bundesmitglieder machten sich dementsprechend „gegen den Bund schuldig“ (Z. 19).

Sinnabschnitt 3      Seinen Zielen nachfolgend arbeitet Metternich die Problemstellung in Bezug auf die Presse heraus (vgl. Z. 20-27). Diese untergrabe alle bestehenden Regierungen und die einzelnen Mitglieder des Bundes hätten allein nicht die Gewalt, sich der nationalen Bewegung entgegenzustellen. Werde also auch nur eine Regierung gefährdet, so seien alle anderen auch in Gefahr. Daraus ergebe sich für den Bund das Recht und auch die Pflicht, in jedem von Unruhe betroffenen Mitgliedstaat zu intervenieren.

Sinnabschnitt 4      Von zentraler Bedeutung ist für Metternich hier aber die rechtliche Sonderstellung des Deutschen Bundes (vgl. Z. 28-41). Er betont dabei besonders den Unterschied zu Nationalstaaten wie Frankreich oder England, die den Missbrauch der Presse zur Untergrabung der staatlichen Ordnung verbieten könnten und vor allem auch gegen fremde Staaten, die ein solches Vorgehen duldeten, militärisch intervenieren.

Sinnabschnitt 5      In seinem **Fazit** (Z. 42-44) folgert Metternich aus dem zuvor dargelegten, dass dieses Vorgehen im Deutschen Bund nicht anwendbar sei. Dessen Mitglieder könnten nicht völkerrechtlich gegeneinander vorgehen und müssten somit durch „Präventiv-Gesetze“ handeln.

Intention      Vor diesem Hintergrund beabsichtigt Metternich mit seinem Brief, Gentz von seiner Position zu überzeugen, dass auf dem Karlsbader Kongress Maßnahmen verabschiedet werden müssten, die für den gesamten Deutschen Bund Gültigkeit besitzen. Diese Präventivmaßnahmen zielen darauf ab, die **Presse zu maßregeln** und einzuschränken, um die **Ruhe und Ordnung in den Staaten des Deutschen Bundes** wiederherzustellen bzw. aufrechtzuerhalten (vgl. Z 8.).

Aufgabe 2 – Einordnung in den historischen Kontext und Charakterisierung der Positionen Metternichs

Einleitung: Historischer      Metternichs Brief an Gentz stammt aus dem Jahr 1819. Die vorangegangenen Kontext 1812-1820      dreizehn Jahre waren von massiven politischen, sozialen und militärischen ge-



# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

prägt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen muss die vorliegende Quelle betrachtet werden; im Folgenden soll der Fokus auf die historischen Entwicklungen der Jahre 1812 bis 1820 gelegt werden.

Erstarken des Nationalismus in Deutschland

Eine zentrale Rolle zum Verständnis der Quelle ist das Erstarken des Nationalismus in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Nach Napoleons militärischem Erfolg gegen preußisch-österreichische Truppen bei Jena und Auerstedt im Jahr 1806 wurde das Heilige Römische Reich Deutscher Nation aufgelöst. Sämtliche linksrheinischen Gebiete fielen direkt an Frankreich, rechtsrheinisch wurde der Rheinbund installiert; ein Staatenbündnis, in dem Napoleon den Großteil vormals zum Reich gehörige Gebiete durch Vasallen besetzte. Die anfänglich durchaus vorhandene Begeisterung für Napoleon schwenkte jedoch bald in Ablehnung um, da Napoleon deutsche Soldaten für seine Feldzüge benötigte, so auch im Jahr 1812 gegen Russland. Dieser Feldzug entpuppte sich für die Grande Armée zum Desaster und Napoleon musste den Rückzug antreten. In der Völkerschlacht bei Leipzig kam es im Oktober 1813 schließlich zur Aufkündigung der militärischen Treue der Rheinbundstaaten zu Napoleon. Dessen Herrschaft hatte bei vielen deutschen Soldaten das Gefühl wachsen lassen, dass „Deutsche nicht mehr auf Deutsche schießen“ würden. Motiviert durch mittlerweile weit verbreitete nationalistische Tendenzen entwickelten sich die so genannten Befreiungskriege zum Katalysator für die Hoffnung auf eine geeinte Deutsche Nation, die vor allem von Soldaten und Studenten getragen wurden und durch Dichter wie Ernst Moritz Arndt („Was ist des Deutschen Vaterland?“) noch weiter befeuert.

Politische Neuordnung Europas im Wiener Kongress

Auf dem Wiener Kongress 1814/1815, auf dem die Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen beschlossen wurde, wurden diese Hoffnungen in den deutschen Gebieten jedoch enttäuscht. Maßgeblich vorangetrieben durch den österreichischen Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich, lassen sich die Ergebnisse des Kongresses auf die drei Stichworte „Restauration“, „Legitimität“ und „Solidarität“ zusammenfassen.

Mit „Restauration“ ist dabei die Wiederherstellung der territorialen Ordnung von 1792, also vor dem ersten Revolutionskrieg Frankreichs gegen Österreich, gemeint. Das 1791 abgesetzte Haus der Bourbonen wurde wieder als Herrscherhaus eingesetzt, auf dem Gebiet des Heiligen Römischen Reiches wurden 37 Fürstentümer installiert. Zusammen mit den vier freien Reichsstädten Bremen, Hamburg, Lübeck und Frankfurt bildeten sie den Deutschen Bund, ein lockeres Staatenbündnis souveräner Fürstentümer, das der bürgerlich-studentisch-liberalen Forderung nach einem geeinten Nationalstaat in keiner Weise Rechnung trug. Den Vor-

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

sitz dieses Bundes hatte Österreich, wiederum auf Initiative Metternichs.

Eng verknüpft mit dem Begriff der Restauration ist der der „Legitimität“. Die Wiedereinsetzung alter monarchischer Strukturen und Dynastien sei dabei das Legitime, das durch die Französische Revolution und Napoleon rechtswidrig abgeschafft worden sei und nun wieder eingesetzt werden müsse.

Unter dem Konzept der „Solidarität“ sicherten sich die Herrscherhäuser Europas gegenseitige Unterstützung bei der Eindämmung revolutionärer Tendenzen und Strömungen zu. Zu diesem Zweck gründeten die großen Monarchien Russland, Österreich und Preußen unter der Initiative des russischen Zaren Alexander die „Heilige Allianz.“

Durchsetzung der restaurativen Politik durch Metternich

Die durch diese Entwicklungen stark enttäuschten Nationalgefühle vieler Deutscher äußerte sich in erster Linie im studentischen Milieu. Mit der Gründung der Jenaer Urburschenschaft 1815 hielt das Verbindungswesen an deutschen Universitäten Einzug; Ziel dieser Verbindung war die Vertretung nationaler Interessen sowie die Verbreitung nationaler Ideen.

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung beim Wartburgfest im Oktober 1817. Zwar hatte dieses erste politische Fest in Deutschland nur 500 Teilnehmer, allerdings fanden sich diese aus allen möglichen Gebieten des Deutschen Bundes auf der Wartburg zusammen. Dieser Ort wurde symbolisch ausgewählt, um den dreihundertsten Jahrestag des Thesenanschlags durch Martin Luther – ebenfalls ein Akt zivilen Ungehorsams – zu feiern und gedenken, aber ebenso den vierten Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig als Akt nationaler Auflehnung und des Sieges über fremde Herrschaft. Als weiteren symbolischer Akt des Nationalen auf dem Wartburgfest verbrannten Studenten nichtdeutsche Schriften.

Metternich reagierte mit Gängelungen und dem Verbot studentischer Schriften, was die antimonarchische Stimmungen unter den Studenten weiter anheizte. Allerdings gaben die Studenten Metternich keinen konkreten Anlass, noch verschärfere Sanktionen durchzuführen.

Dieser bot sich jedoch im März 1819. Nach abfälligen Äußerungen gegenüber den Burschenschaften und der nationalen Idee wurde der reaktionäre Bühnendichter August von Kotzebue durch den Studenten Carl Ludwig Sand ermordet. Sand wurde ein Schauprozess gemacht und später öffentlichkeitswirksam in Mannheim hingerichtet, was ihm in der Studentenschaft den Status eines Märtyrers einbrachte.

Metternich sah in der Ermordung Kotzebues jedoch einen willkommenen Anlass, die nationalen Bestrebungen radikal ein dämmen zu können, und vor diesem Hin-

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

tergrund ist die vorliegende Quelle zu sehen. Metternich stimmte sich mit seinem Mitarbeiter Gentz darüber ab, welche Maßnahmen zur Sicherung der inneren Ordnung durchgeführt werden sollten.

Diese Maßnahmen fanden ab September 1819 dann ihre Niederschrift in den Karlsbader Beschlüssen. Zentrale Bestimmungen dieser Beschlüsse waren die Aufhebung der Presse- und Meinungsfreiheit, die Freiheit der Lehre an Schulen und Universitäten sowie die Installation der Mainzer Überwachungsbehörde, die eventuelle Verstöße gegen diese Bestimmungen zur Anzeige brachte und unter der Androhung hoher Strafen (z. B. Berufsverbote und Zuchthaus) verfolgte.

Insgesamt wurden durch die Karlsbader Beschlüsse viel gesamtdeutsche Hoffnungen zerstört. Viele bürgerliche und liberale Denker zogen sich aus Angst vor Strafen ins Private zurück; die Karlsbader Beschlüsse markierten den Beginn der so genannten Zeit des Biedermeier, die für mindestens ein Jahrzehnt bis zur französischen Julirevolution anhielt.

Metternichs Forderungen tragen vor diesem Hintergrund gewisse Züge, die in den Folgenden charakterisiert werden sollen.

Überleitung

Charakterisierung  
pressefeindlich

In erster Linie sind diese pressefeindlich. Metternich bezeichnet die Presse offen als „größte[s] und damit dringendste[s] Uebel“ (Z. 1). Darüber hinaus sieht er die Presse als Gefahrenpotential für den gesamten Deutschen Bund bzw. dessen Mitgliedstaaten (vgl. Z. 20-25). Um diese zu maßregeln fordert Metternich die Erlassung von „Präventiv-Gesetzen“ (Z. 44) zur Sicherstellung der Ordnung und damit des status quo.

solidarisch

Basis seiner Ausführungen ist dabei immer das staatspolitische Gerüst des Deutschen Bundes. Das Konzept der Solidarität der Fürsten findet auch hier Anwendung, sich das Bundeswesen fundamental von anderen europäischen Staaten unterscheidet und Grundsätze des Völkerrechts, so z.B. die militärische Intervention in andere Staaten nicht anwendbar seien (vgl. Z. 42-44). Darüber hinaus verweist er auf die Grundsätze der Bundesakte von 1815. Maßnahmen gegen die Presse müssen in allen Bundesstaaten umgesetzt werden, da die Bundesakte sie dazu verpflichtet (vgl. Z. 20-25), Duldung der freien Presse bedeute „Felonie“ (Z. 19) und demnach müsse der Bund bei Zuwiderhandlung Zwang ausüben (vgl. Z. 26 f.) Schließlich sind Metternichs Ausführungen gleichsam machtpolitisch motiviert wie anti-nationalistisch. Dies wird durch seine immer wiederkehrenden Verweise auf die Souveränität der Fürstentümer (z. B. Z. 10-12, Z. 29) und die Darstellung der Nationalbewegung als Gefahr (vgl. Z. 21 ff.) deutlich.

machtpolitisch

anti-nationalistisch

Insgesamt lässt sich Metternichs Strategie als repressive Politik, die dem Machter-

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

halt der souveränen Fürstentümer dienen soll und die Bestrebungen zu einem geeinten Nationalstaat rigoros Einhalt gebieten und gleichsam die Mitgliedstaaten des Bundes vor Alleingängen unter Androhung von Sanktionen ausdrücklich warnen soll, charakterisieren. All seine Ausführungen tragen den im Wiener Kongress festgelegten Prinzipien der Restauration, Legitimität und Solidarität Rechnung.

### Aufgabe 3 – Beurteilung der Forderungen Metternichs

**Ein- bzw. Überleitung** Diese Positionen Metternichs sind freilich diskutabel. Als Hauptkategorien der Beurteilung scheinen in erster Linie die der Restauration gegenüber der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten zu taugen, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.

**Zustimmung** Einerseits ist Metternichs Ansatz der Restauration durchaus nachvollziehbar. Seit dem Beginn der Revolutionskriege 1792 (Frankreich griff Österreich an) befand sich Europa quasi in einem permanenten Zustand des Krieges oder zumindest des politischen Umbruchs. Mit dem Wiener Kongress sollte politische Stabilität und Kontinuität wiederhergestellt werden, dem sich die großen Monarchien in der Heiligen Allianz verpflichteten. Demokratische Entwicklungen hatten sich in der Vergangenheit als noch nicht tragfähig erwiesen; im Gegenteil: die Errungenschaften der Französischen Revolution wurden relativ rasch in der Terrorherrschaft der Jakobiner ad absurdum geführt. Zudem war eine freie Presse tatsächlich das Instrument, das die Herrschaft der Fürsten am ehesten in der Lage war zu unterminieren.

Doch auch auf rechtlicher Ebene lassen sich Metternichs Ausführungen durchaus nachvollziehen, nimmt man das Konstrukt des Deutschen Bundes als Handlungsgrundlage, wie es Metternich tut. Die Bundesakte regelte klar die Interdependenzen der einzelnen Mitgliedstaaten, die sich zu gegenseitiger Unterstützung und vor allem zum Verzicht auf Krieg verpflichteten und vor diesem Hintergrund scheint eine gemeinsame Gesetzesregelung (von Metternich hier als „Präventiv-Gesetz“ (Z. 44) bezeichnet) unausweichlich.

**Relativierung** Gleichwohl widerspricht sich Metternich in diesem Punkt fundamental. Er betont die Souveränität der deutschen Fürstentümer, die er hier auf rechtlicher Ebene durch Präventivgesetze missachtet. Die postulierte Nichtanwendbarkeit völkerrechtlicher Grundsätze (vgl. Z. 42 ff.) auf den Deutschen Bund untergräbt de facto die immer wieder herausgestellte Souveränität und scheint vor diesem Hintergrund zumindest teilweise vorgeschoben.

Zudem scheint seine Pauschalkritik an der Presse als „größte[s] Uebel“ (Z. 1) in

# MUSTERKLAUSUR: BRIEF METTERNICHS AN FRIEDRICH VON GENTZ

## BEISPIELFORMULIERUNG

hohem Maße unsachlich und als absolut fehlende Bereitschaft, sich mit Kritik auseinanderzusetzen. Diese Pauschaldiffamierung ist in dieser Hinsicht ein deutliches Eingeständnis der Schwäche: das Verbot jeglicher kritischer Stimmen und die Mundtotmachung Andersdenkender oder anderer politischer Strömungen (hier der Burschenschaften sowie der bürgerlichen Nationalbewegung) ist ein klares Eingeständnis, dass das eigene System der Restauration mangelbehaftet ist und weit verbreiteten nationalistischen Haltungen innerhalb der Bevölkerung in keiner Weise Rechnung trägt.

Die rigorose Festlegung auf die Bundesakte impliziert zudem, dass eine Reversibilität dieser nicht gegeben sei. Dies ist auch aus zeitgenössischem Blickwinkel höchst problematisch zu sehen, da diese Basis vor allem von den Eliten nicht getragen und akzeptiert wird. Die Pressezensur und die Einschränkung der freien Meinungsäußerung dient damit in erster Linie der Schwächung politischer Gegner (hier nationale und liberale Strömungen) und der Stärkung der Restauration, Monarchien und Fürstentümer.

Fazit

Insgesamt scheinen vor allem die zuletzt vorgetragenen Einschränkungen ein stichhaltigeres Bild auf Metternichs Absichten zu werfen. Gerade die auf dem Wiener Kongress vorgetragenen und installierten Prämissen der Restauration, Legitimation und Solidarität finden hier ihre Anwendung. Die angebliche Gefahr einer freien Presse scheint hier vielmehr zum Anlass genommen worden zu sein, die eigene Machtposition zu zementieren und politische Gegner somit auf lange Sicht hin zu unterdrücken. Daher lässt sich Metternichs Politik eher als Machtdemonstration beurteilen denn als die von ihm vorgeschobene Sicherung der inneren Ordnung.

# LEITFADEN KARIKATURANALYSE

## TEIL A – IM UNTERRICHT

### 1. ERSTE BEGEGNUNG

*Äußern von ersten Eindrücken, Gefühlen und Fragen – wichtig für die Aufstellung von Leitfragen im Unterricht.*

Mögliche Leitfragen

- Wie wirkt die Zeichnung auf mich?
- Was ist (vermutlich) das Thema der Karikatur
- Welche Aussage scheint der Zeichner zu treffen?
- Welche Leitfrage wirft die Karikatur auf?

*Bei der Formulierung der Leitfragen sollten Sie immer die drei Anforderungsbereiche im Hinterkopf haben! Von Interesse sind vor allem Fragen im Anforderungsbereich III, da diese eine abschließende Beurteilung (ggf. auch Bewertung) des Sachverhaltes einschließt – dies sollte das Ziel unserer Auseinandersetzung mit historischem Material sein.*

*Aber warum eigentlich eigene Fragestellungen formulieren? Sie selbst sollen **Probleme** und **Widersprüche** erkennen. Die Erkenntnis möglicher Probleme ist das Ziel unserer Arbeit, weil wir aus der Vergangenheit lernen können – im Hinblick auf eigenes zukünftiges Handeln innerhalb einer Gesellschaft. Seien Sie kritisch – haben Sie eine eigene Meinung – hinterfragen Sie Dinge!*

## TEIL B – IM UNTERRICHT UND IN DER KLAUSUR

*Die Gesichtspunkte, unter denen die Karikatur analysiert werden soll, werden Ihnen hier im Rahmen einer Klausur durch die Aufgabenstellung klar vorgegeben. Eine Klausur dient zur Überprüfung Ihrer Kenntnisse und Kompetenzen und verzichtet daher auf das eigene Hinterfragen bei der ersten Begegnung, sonst könnten Sie sich Ihre Klausur auch selbst stellen. ☺ Allerdings können eigene Leitfragen Ihren Blickwinkel erweitern und das Augenmerk auf einen bestimmten Aspekt lenken, der bei der Bearbeitung wertvoll sein kann.*

### 2. BESCHREIBUNG (AFB I – REPRODUKTION)

- **Was** ist zu sehen?
- Welche **Bildelemente** sind zentral / Was steht im **Mittelpunkt**?
- Welche **Details** könnten von **Bedeutung** sein?
- Wann und wo ist die Karikatur erschienen? Wer ist der Zeichner?
- Finden sich bestimmte **Symbole** oder **Zeichen**, die erklärt werden müssen?

### 3. ANALYSE (AFB II – REORGANISATION UND TRANSFER)

*Einordnung in den historischen Kontext und erschließen von Thema und Inhalt sowie Untersuchung der verwendeten Stilmittel und Symbole.*

- Auf welches **historische Ereignis** scheint der Karikaturist Bezug zu nehmen?
- Welches **Hintergrundwissen** kann ich auf die Karikatur anwenden?
- Welche **Aussage** trifft der Zeichner?
- Wie lassen sich die **Bildelemente** in ihrem **historischen Zusammenhang erläutern**, d. h. welche Elemente/Figuren repräsentieren was?
- Welche **Stilelemente** werden verwendet und wie kann man sie deuten?

## LEITFADEN KARIKATURANALYSE

- Symbole und Zeichen (z. B. Nationalallegorien, allgemeine Symbole wie Taube=Frieden, Schwert=Krieg/Macht, Flaggen etc.)
- Gestik und Mimik der dargestellten Personen (z. B. aggressive Gesichtsausdrücke, angedeutete Bewegungen wie weglaufen, Handzeichen wie eine ablehnende oder eine ausgestreckte Hand etc.)
- weitere Stilmittel wie Hell-Dunkel-Kontrast, Metaphern, Ironie etc.
- In welchem **Zusammenhang** stehen **Zeichnung** und eventuelle **Textbausteine** wie Bildunterschriften, Titel oder Sprechblasen?

#### **4. INTERPRETATION (AFB III – REFLEXION UND PROBLEMLÖSUNG)**

*Zusammenfassende Deutung der Aussage des Zeichners im historischen Kontext. Hier werden Zeichnung und historischer Kontext in Beziehung gesetzt, die bildhafte Aussage auf ihren inhaltlichen Kern zurückgeführt sowie die Aussage und Funktion der Karikatur kritisch hinterfragt, sachlich beurteilt und ggf. persönlich gewertet.*

- **Wird** in der Karikatur eine bestimmte **Einstellung, Meinung** oder **Deutung** der Ereignisse durch den Zeichner **deutlich**?
- Stimmt die Aussage der Karikatur mit der **historischen Wirklichkeit** überein?
- Wie ist die Aussage des Karikaturisten zu **bewerten**?
- ➔ auch hier gelten die Kategorien wie bei einer Textanalyse:

<b>Analyse</b>	<b>Sachurteil</b>	<b>Werturteil</b>
<b>Faktenwissen</b> (Ereignisse, Abläufe, Zustände...) <b>Strukturwissen</b> (politische Systeme und Formationen; soziale Gebilde, wirtschaftliche, kulturelle geographische Zusammenhänge...) <b>Begriffswissen</b> (Sachbegriffe des historisch-politischen Bereichs: z. B. Staatsformen, Regierungsformen, Rechts- und Wirtschaftssysteme, soziale Begriffe: Klasse, Gruppe, Schicht usw.)	<b>Deutungskategorien:</b> - Interesse, Macht, Ordnung, Revolution... (politisch pragmatischer Bereich) - Vorurteil, Identifikation, Angst, Einstellung... (sozialpsychologischer Bereich) - Bedeutung, Folgewirkung, Nebenwirkung, Ursache – Folge, Entwicklung, Kontinuität, Diskontinuität... (Prozessbegriffe) - Schluß, Beweis, Widerspruch, Hypothese, Richtigkeit, Wahrheit... (logischer Bereich)	<b>Normative Begriffe:</b> Recht, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Sicherheit, Frieden, Fortschritt ... samt den Gegenbegriffen Wertsysteme der politisch-sozialen Ordnung: (z. B.): Grundrechte, Gewaltenteilung und -ballung, Volkssouveränität, Gottesgnadentum, Gleichheitspostulat, Ordogedanke, Liberalismus, Sozialismus, Nationalismus, ständische Ordnung, demokratische Systeme, Utopien als Wertsysteme

- *Sachurteile* stellen eine Tatsachenbehauptung auf, die im Bereich der Naturwissenschaften empirisch prüfbar ist. Auf dem Wege der empirischen Prüfung lässt sich (zumindest prinzipiell) die Wahrheit oder Falschheit der Tatsachenbehauptung erweisen. In der Realität ergibt sich dennoch oft die Schwierigkeit, dass der Laie mit sich widersprechenden Sachurteilen konfrontiert wird, deren Richtigkeit er selbst nicht beurteilen kann.
- *Werturteile* stellen keine Tatsachenbehauptungen auf, sondern bewerten Sachverhalte als gut oder schlecht. Diese Bewertung geschieht auf Grund von individuell verschiedenen Werten, die weder empirisch prüfbar noch wahr oder falsch sind. Verschiedene Werte führen häufig zu verschiedenen und oft nicht zu vereinbarenden Bewertungen.

**VERFAHREN ZUR PERSPEKTIVÜBERNAHME**







Bisweilen werden Sie sich in die Perspektive historischer Personen und Figuren hineinversetzen, um gewisse Sachverhalte, Positionen und Haltungen genauer nachzuvollziehen. Folgende Textsorten bzw. Zieltextformate sind dabei denkbar.

Tagebucheintrag	Gegenüber der Situationsbeschreibung steht die Kommentierung aus ganz persönlicher Sicht im Vordergrund. Sie äußern sich über ein Geschehnis, das Sie erlebt haben, Über die Begegnung mit einer Person, die Sie beeindruckt hat, oder über Ihre persönliche Lage und Befindlichkeit.
Brief	Sie berichten einem Ihnen zumeist bekannten, vielleicht vertrauten Adressaten Über ein Ereignis, einen Sachverhalt oder eine fremde Position und nehmen dazu Stellung. Der Adressat muss sowohl Ihre Wiedergabe als auch Ihre Beurteilung ohne weitere Informationen nachvollziehen können. In einem öffentlichen Brief nehmen Sie zu einer aktuellen Frage pointiert Stellung. In einem Leserbrief formulieren Sie aus persönlicher Perspektive und auf der Basis eigener Erfahrung Ihre Meinung zu einem Thema, Über das in der betreffenden Zeitung berichtet worden ist oder das in der öffentlichen Diskussion steht.
Zeitungsartikel	Vor allem Leitartikel und Kommentar sind von Interesse. Hierbei handelt es sich um Meinungsartikel: Sie beurteilen ein Ereignis, einen Sachverhalt oder eine fremde Position; dabei richten Sie sich an ein weites Publikum, das Sie argumentativ und rhetorisch zu überzeugen versuchen. Besonderes Augenmerk müssen Sie auf die Formulierung von Schlagzeile, Dachzeile (zweite (Überschrift unter der Schlagzeile) und Vorspann (kurzer, fett gesetzter Einleitungstext, der das Wesentliche knapp zusammenfasst) richten; hier werden die Deutungsrichtung und Wirkungsabsicht des Textes signalisiert.
Rede	Sie formulieren ein bestimmtes - politisches, soziales, über das Geschlecht begründetes - Interesse einer Person. Die Argumentation ist stärker zielgerichtet als beim Zeitungsartikel, der Einsatz der (auf den mündlichen Vortrag ausgerichteten) Rhetorik ausgeprägter. Sie sollten die Rede auch halten.
Flugblatt	Sie verdichten eine Position, eine Meinung auf wenige eingängige Schlagwörter. Ein Flugblatt zielt auf öffentliche Wirksamkeit ab. Dazu gehört auch eine funktionale Gestaltung.
Plakat	Wie in einem Flugblatt, allerdings in einem größeren Format und in der Regel starker bildorientiert. Es geht um die funktionale Verknüpfung von Text, Bild und Grafik, die der wirkungsvollen öffentlichen Vermittlung einer Botschaft dienen soll.
Interview	In Form des fingierten Interviews können historisch Handelnde, Beteiligte oder Augenzeugen in konzentrierter und leicht verständlicher Form Auskunft über ihre Beweggründe, Erlebnisse und Meinungen geben. Sie müssen dafür sowohl Fragen als auch Antworten entwerfen.
Reportage	Persönlich gefärbter Bericht, der auf eigenen Beobachtungen und Recherchen zu einem Thema beruht. Allgemeine Informationen werden mit konkreten Beispielen, Auerungen von Handelnden oder Betroffenen und subjektiven Eindrücken verbunden. Dabei können Sie sehr gut auch Fotos einbeziehen.









## LISTE DER WICHTIGSTEN NATIONALALLEGORIEN





Viele Länder haben Nationalallegorien. Diese Allegorien verkörpern die Eigenschaften, die einem Land zugesprochen werden oder auf die es selbst Wert legt. Häufig werden diese Allegorien in Karikaturen genutzt. In der folgenden Tabelle sind die wichtigsten Allegorien aufgeführt.

<u>Land</u>	<u>Bildliche Darstellung</u>	<u>Allegorie</u>
<b>Deutschland</b>		<b>Deutscher Michel</b> <u>Aussehen</u> Verschlafend wirkender Mann, der eine Zipfelmütze bzw. eine Schlafmütze trägt <u>Sinnbild/ Verkörperung</u> Verkörperung des einfachen deutschen Bürgers
		<b>Germania</b> <u>Aussehen</u> Junge Frau, deren Kopf ein Eichenlaubkranz schmückt und die in ihrer Hand ein Schwert und eine Nationalflagge hält. <u>Sinnbild/ Verkörperung</u> Verkörperung von Treue, Wehrhaftigkeit und Einheit
		<b>Bundesadler</b> <u>Aussehen</u> Ein in reduzierter Form dargestellte Adler, dessen Kopf nach rechts gedreht ist und dessen Flügel offen sind. <u>Sinnbild/ Verkörperung</u> Der Adler steht als Sinnbild für Weitblick, Mut, Kraft und Aufstieg. Weiterhin strahlt er Eleganz aus.
<b>Frankreich</b>		<b>Jean Crapaud</b> <u>Aussehen:</u> Dünner Mann, der eine Baskenmütze auf dem Kopf und ein Schnurrbart im Gesicht trägt. <u>Sinnbild/ Verkörperung</u> Verkörperung des einfachen französischen Bürgers
		<b>Marianne</b> <u>Aussehen</u> Eine Frau, die auf dem Kopf eine Mütze (phrygische Mütze). In Darstellungen ist meist mindestens eine Brust unbedeckt. <u>Sinnbild/ Verkörperung</u> Als Sinnbild für die Französische Revolution steht Marianne für Freiheit.
		<b>Der gallische Hahn</b> <u>Aussehen</u> Der nach rechts blickende Hahn hat einen Fuß erhoben und meist einen prächtigen Kamm <u>Sinnbild/ Verkörperung</u> Der Hahn steht als Symbol für Kampfbereitschaft.

**LISTE DER WICHTIGSTEN NATIONALALLEGORIEN**

<b>Großbritannien</b>		<p><b>John Bull</b>  <u>Aussehen:</u>          Der dickliche Mann trägt meist ein Frack mit Kniebundhosen, einer Union-Jack-Weste und einem Zylinder. Häufig umgibt ihn in Darstellungen eine Bulldogge.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Verkörperung eines englischen Landadeligen.</p>
		<p><b>Britannia</b>  <u>Aussehen:</u>          Die Frau wird häufig sitzend mit einem Union-Jack-Schild und einem Speer dargestellt. Weiterhin befindet sich in ihrer Umgebung meist ein Löwe.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Britannia steht für Wehrhaftigkeit und Kraft.</p>
<b>Italien</b>		<p><b>Turitta Italia</b>  <u>Aussehen:</u>          Die Frau, die häufig mit dunklen Haaren dargestellt wird hält in ihrer Hand ein Bündel Ähren. Auf dem Kopf trägt sie eine Mauerkrone.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Sie steht für Fruchtbarkeit</p>
		<p><b>Stella d'Italia</b>  <u>Aussehen:</u>          Der Stern ist weiß, fünfeckig und symmetrisch  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Der Stern steht für Einheit und Fixpunkt der italienischen Republik</p>
<b>Österreich</b>		<p><b>Austria</b>  <u>Aussehen:</u>          Eine Frau, die ein Kranz auf dem Kopf trägt. In ihrer Hand hält sie ein Schild mit dem österreichischen Reichsadler.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Sie Verkörpert die fröhliche Lebensart der alten österreichischen Völker.</p>
		<p><b>Reichsadler</b>  <u>Aussehen:</u>          Ein freischwebender Adler, der in seinen Fußkrallen eine Sichel und einen Hammer trägt. Auf seiner Brust findet man das Wappen Österreichs.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Der Adler symbolisiert die Souveränität Österreichs.</p>

**LISTE DER WICHTIGSTEN NATIONALALLEGORIEN**

<b>Russland</b>		<p><b>Mütterchen Russland/ Mutter Heimat</b>  <u>Aussehen:</u>          Junge Frau, die ein Schwert in die Höhe reckt  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Mütterchen Russland verkörpert die Kritik an dem russischen System. Sie ist also ein Propagandamittel.</p>
		<p><b>Russischer Bär</b>  <u>Aussehen:</u>          Großer Bär, manchmal mit einer Mütze abgebildet.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Verkörperung der Größe Russland, aus welcher Kraft und Stärke zu schließen ist.</p>
		<p><b>Reichsadler</b>  <u>Aussehen:</u>          Adler mit zwei Köpfen, aber einem Hals. Auf seinen Flügeln sind Wappen dargestellt.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Der Adler steht als Sinnbild für Weitblick, Mut, Kraft und Aufstieg. Weiterhin strahlt er Eleganz aus. Die beiden Köpfe stehen für ein duales Herrschaftssystem.</p>
<b>USA</b>		<p><b>Uncle Sam</b>  <u>Aussehen:</u>          Ein älterer Mann mit weißen Haaren und einem Ziegenbart. Er trägt ein dunkelblaues Jackett mit rot-weißen Streifen. Seinen Zylinder zieren die "Stars and Stripes".  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Er personifiziert das positive nationale Selbstbild und hat eine mächtige weltweite Symbolkraft.</p>
		<p><b>Columbia</b>  <u>Aussehen:</u>          Junge Frau im weißen Kleid, die ein Buch trägt.  <u>Sinnbild/ Verkörperung</u>          Columbia personifiziert die zivilisierten Vereinigten Staaten, die die Zivilisation nach Westen bringt.</p>

NAME:

DATUM:

KLASSE/KURS:

## LISTE WICHTIGER BEGRIFFE

Im Folgenden finden Sie eine Liste von Begriffen zu den einzelnen thematischen Abschnitten, die Sie für die Abiturprüfung beherrschen sollten. Die Definitionen sind dem Glossar der beiden Lehrbücher entnommen, weitere Informationen finden Sie in den Lexika auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika>.

Einige Begriffe überschneiden sich und werden daher doppelt aufgeführt. Zudem ist die Liste sehr lang, es ist unmöglich, alle Definitionen auswendig zu beherrschen. Wichtig ist, dass Sie die Grundgedanken der zentralen Begriffe beherrschen – dabei sind einige Begriffe wichtiger als andere.

### 1. THEMA – NATIONALSTAATSGEDANKE UND NATIONALISMUS IN EUROPA

Begriff	Definition
Nation	(von lat. <i>natio</i> = das Geborenwerden) ist ein nicht eindeutig definierter Begriff. Im Mittelalter verstand man darunter Bevölkerungsgruppen mit gemeinsamer Abstammung oder Herkunft. In der Neuzeit werden solche Gemeinschaften als „Nationen“ bezeichnet, die (a) über gemeinsame Merkmale, wie Herkunft, Sprache, Geschichte oder Kultur, verfügen („Volk“, „objektiver Nationbegriff“) und die sich (b) dieser Gemeinsamkeiten (im positiven Sinne) bewusst sind („subjektiver Nationbegriff“). Seit der Französischen Revolution gehört der Wille, gemeinsam politisch zu handeln und einen eigenen Staat als politischen Ausdruck der Nation („Nationalstaat“) zu gründen, zum Bedeutungsgehalt des Begriffes.
Kulturnation	Der Begriff der Kulturnation beschreibt eine Auffassung, die unter einer Nation eine Gemeinschaft von Menschen versteht, die sich durch Sprache, Traditionen, Kultur und Religion miteinander verbunden fühlen, also durch Zugehörigkeit zu einer Kultur. Das Nationalgefühl einer Kulturnation beruht auf einer gemeinsamen Kultur. Eine Kulturnation ist einem Staat gedanklich vorgelagert und von staatlichen Grenzen unabhängig, sie existiert auch ohne eigenen Nationalstaat. Im Fall „verspäteter Nationen“ kann das im Begriff der Kulturnation enthaltene Zusammengehörigkeitsgefühl zeitlich der Gründung eines Nationalstaats vorausgehen, so im Falle Deutschlands und Italiens im 19. Jahrhundert. Der Begriff der Nation hat von vornherein subjektiven Charakter, weil sein zu beschreibender Gegenstand das Selbstverständnis der Menschen ist, er gehört der Wertsphäre an. Man kann streng genommen also die Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Kulturnation nicht „feststellen“, sondern nur subjektiv bewerten.
Nationalstaat	Nationalstaat bezeichnet seit der Französischen Revolution die idealistische Vorstellung einer (weitgehenden) Übereinstimmung von ethnischer Gemeinschaft (Nation, Volk) und territorial-rechtlicher Herrschaft (Staat). Obwohl auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhend, ist der Begriff Nationalismus politisch-historisch durch Absolutheitsansprüche (einer Nation gegenüber anderen Nationen) und Intoleranz gegenüber Minderheiten stark belastet.
Nationalismus	Politische Ideologie, die auf die Bildung, Stärkung und Ausweitung eines Nationalstaates zielt. Staat und Nation gelten dem Nationalismus als höchste Werte. Gegner dieses Zusammenhaltes und fremde Nationen werden als Feinde gesehen und aggressiv abgelehnt. Der Nationalismus war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine überwiegend mit freiheitlichen Idealen verbundene Bewegung. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert entstand z. B. in Deutschland eine Bewegung, die die deutschen Staaten (Preußen, Bayern, Sachsen usw.) zusammenschließen und alle Menschen im deutschen Sprach- und Kulturraum in einem Nationalstaat vereinen wollte. Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 wurde der deutsche Nationalismus zunehmend von Irrationalismus, - Antisemitismus und einer Überschätzung der eigenen Nation gegenüber anderen geprägt. Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 unter preußischer Führung entwickelte der deutsche Nationalismus aggressive und intolerante Züge nach innen und außen (- Imperialismus). Er wurde zum konservativen Integrationsmittel der deutschen Gesellschaft und richtete sich gegen die inneren „Reichsfeinde“ wie z. B. die Sozialdemokraten und zunehmend, vermengt mit dem - Militarismus, auch gegen die anderen europäischen Nationen. Gemeinhin wird übersteigertes Nationalgefühl als Nationalismus bezeichnet.
Liberalismus	Der Liberalismus (lat. <i>liber</i> bedeutet frei) entstand als politische Bewegung des Bürgertums Ende des 18. Jahrhunderts. Grundlage bildeten die Ideen der Aufklärung wie die der Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen in geistiger, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Liberalen kämpften in der Zeit der - Restauration für mehr Freiheitsrechte und in diesem Zusammenhang für einen Nationalstaat, der den Menschen diese Rechte garantieren sollte.
Wiener Kongress	Der Wiener Kongress, der vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 stattfand, ordnete nach der Niederlage Napoleon Bonapartes in den Koalitionskriegen Europa neu. Nachdem sich die politische Landkarte des Kontinentes im Gefolge der Französischen Revolution erheblich verändert hatte, legte der Kongress wiederum zahlreiche Grenzen neu fest und schuf neue Staaten. Unter der Leitung des österreichischen Außenministers Fürst von Metternich berieten politisch bevollmächtigte Vertreter aus rund 200 europäischen Staaten, Herrschaften, Körperschaften und Städten, darunter alle bedeutenden Mächte Europas mit Ausnahme des Osmanischen Reiches. Die führende Rolle spielten Russland, das Vereinigte Königreich, Österreich und Preußen sowie das wiederhergestellte Königreich Frankreich und der Vatikan. Die deutschen Fragen wurden angesichts ihrer Komplexität und ihres Umfangs getrennt von den übrigen europäischen Angelegenheiten beraten, sie resultierte in der Gründung des Deutschen Bundes, einem lockeren Staatenbündnis von 35 Einzelstaaten.

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

Restauration	Mit dem Begriff Restauration wird die Zeit zwischen dem Wiener Kongress (1815) und der Märzrevolution (1848) bezeichnet. Die deutschen Fürsten versuchten eine „Wiederherstellung vorrevolutionärer Zustände“ (Restauration heißt Wiederherstellung). Sie verfolgten damit auch ein politisches Programm, welches sie auch mittels Polizeigewalt und Restriktionen gegen die national und liberal gesinnte Opposition durchzusetzen beabsichtigten.
Vormärz	Epochenbezeichnung für die Jahre vor der Märzrevolution (1848) in den deutschen Staaten. Der Vormärz war einerseits durch die restaurative und repressive Politik der deutschen Fürsten und des Deutschen Bundes (unter Leitung des Fürsten Metternich) und andererseits durch gegen diese Politik gerichtete liberale und nationale Aktivitäten gekennzeichnet.
Märzrevolution	Als Deutsche Revolution von 1848/49 – bezogen auf die erste Revolutionsphase des Jahres 1848 auch Märzrevolution – wird das revolutionäre Geschehen bezeichnet, das sich zwischen März 1848 und Juli 1849 im Deutschen Bund ereignete. Von den Erhebungen betroffen waren auch Provinzen und Länder außerhalb des Bundesgebiets, die unter der Herrschaft der mächtigsten Bundesstaaten Österreich und Preußen standen, so etwa Ungarn, Überitalien oder Posen. Die damit verbundenen Ereignisse waren Teil der bürgerlich-demokratischen und nationalen Einheits- und Unabhängigkeitserhebungen gegen die Restaurationsbestrebungen der in der Heiligen Allianz verbündeten Herrscherhäuser in weiten Teilen Mitteleuropas (vgl. Europäische Revolutionen 1848/1849). Bereits im Januar 1848 hatten sich italienische Revolutionäre gegen die Herrschaft der österreichischen Habsburger im Norden der Apenninen-Halbinsel und der spanischen Bourbonen im Süden erhoben. Nach Beginn der französischen Februarrevolution wurden auch die deutschen Länder Teil dieser Erhebungen gegen die ab 1815 nach dem Ende der Napoleonischen Kriege herrschenden Mächte der Restauration. In den deutschen Fürstentümern nahm die Revolution ihren Anfang im Großherzogtum Baden und griff innerhalb weniger Wochen auf die übrigen Staaten des Bundes über. Sie erzwang von Berlin bis Wien die Berufung liberaler Regierungen in den Einzelstaaten (die so genannten Märzkabinette) und die Durchführung von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, die in der Paulskirche in der damals freien Stadt Frankfurt am Main zusammentrat. Nach den mit den Märzerrungenschaften relativ rasch erkämpften Erfolgen, wie zum Beispiel Aufhebung der Pressezensur oder Bauernbefreiung, geriet die revolutionäre Bewegung ab Mitte 1848 zunehmend in die Defensive. Auch die vor allem im Herbst 1848 und bei der Reichsverfassungskampagne im Mai 1849 neu aufflammenden Höhepunkte der Erhebungen, die regional (beispielsweise in Sachsen, der bayerischen Pfalz, der preußischen Rheinprovinz und vor allem in Baden) bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahmen, konnten das letzte Scheitern der Revolution in Bezug auf ihre wesentliche Kernforderung nicht mehr aufhalten. Bis Juli 1849 wurde der erste Versuch, einen demokratisch verfassten, einheitlichen deutschen Nationalstaat zu schaffen, von überwiegend preußischen und österreichischen Truppen mit militärischer Gewalt niedergeschlagen.
Nationalversammlung	In einer Nationalversammlung kommen Menschen zusammen, die gewählt werden, um für die Nation wichtige Entscheidungen zu treffen. Die erste Nationalversammlung bildete sich in Frankreich zu Beginn der Französischen Revolution im Jahre 1789. Sie verstand sich als Vertretung aller Bürger und erarbeitete eine Verfassung. Die Nationalversammlung schaffte die Monarchie ab und übertrug die Macht im Staate dem Volk. In Deutschland kam die erste Nationalversammlung während der Revolution von 1848/1849 in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Sie hatte das Ziel, eine neue Verfassung für ganz Deutschland zu entwerfen. Weil die Revolution scheiterte, wurde die Nationalversammlung aufgelöst. Erst 1919 nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des deutschen Kaiserreiches wurde wieder eine Nationalversammlung einberufen. Diese überste Volksvertretung tagte in Weimar.
Konstitutionelle Monarchie	Staatsform, in der der regierende Monarch (oder die regierende Monarchin) an eine Verfassung gebunden ist. Das Parlament hat in der Regel eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten. Es hat keinen verfassungsmäßigen Einfluss auf die Zusammensetzung und die Handlungen der Regierung, bestimmt aber über den Staatshaushalt und die Gesetzgebung (- Budgetrecht und Parlamentarisierung).
Pauperismus	Wenn herkömmliche Arbeitsverhältnisse durch veränderte Technologien verloren gehen oder wenn sich soziale Bindungen an Arbeitgeber auflösen, ohne dass es Beschäftigungsalternativen gibt, oder wenn eine Wirtschaftsordnung zu wenig Menschen erfasst, kommt es zu Verarmung (Pauperismus, von lat. <i>pauper</i> = arm) ganzer Bevölkerungsgruppen. So litten z. B. die Heimarbeiter um 1830 unter der beginnenden - Industrialisierung. Man spricht dabei von einer strukturellen Armut, da sie nicht durch persönliches Schicksal verursacht wird. Abhilfe schafft nur eine Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems, weil sich durch Hilfe für den Einzelnen oder durch Selbsthilfe die Bedingungen der Armut nicht verändern.

**2. THEMA – DAS DEUTSCHE KAISERREICH**

Begriff	Definition
Obrigkeitsstaat	Gesellschaftliche und politische Ordnung, in der die politischen Entscheidungen weitgehend von einem Herrscher oder einer kleinen Führungselite getroffen werden. Die traditionelle, autoritär ausgerichtete Obrigkeit (monarchische Regierung, Verwaltung, Militär) stehen dabei im Gegensatz zu den demokratisch ausgerichteten Kräften wie z. B. Parlament oder politische Parteien (- auch Militarismus).
Kulturkampf	Konflikt zwischen katholischer Kirche und dem preußisch-protestantisch dominierten Deutschen Reich sowie seiner Einzelstaaten zwischen 1871 und 1880. Der Ausdruck kommt von dem linkslibera-

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	len Politiker Rudolf Virchow, er in der Auseinandersetzung des preußischen Staates mit der katholischen Kirche einen Kampf für die Kultur, den Kampf gegen den antiliberalen Vatikan sah. Die Zwangsmaßnahmen der Einzelstaaten und des Deutschen Reiches gegen die katholische Kirche wurden in den 1880er-Jahren weitgehend zurückgenommen. Aus ein Konflikt ging die katholische Zentrumsparterie gestärkt hervor.
Sozialistengesetz	Reichsgesetz „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Versuch Bismarcks, die sozialdemokratische Bewegung durch staatliche Unterdrückung zu zerschlagen. Als Vorwand dienten zwei Attentate von Anarchisten auf Wilhelm 1. Nachdem der Reichstag den Gesetzesvorschlag zunächst abgelehnt hatte, wurde er 1878 mit den Stimmen der Nationalliberalen angenommen. Vereine, Versammlungen und Druckschriften sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Inhalts wurden verboten. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten blieb jedoch bestehen. Ebenso konnten Sozialdemokraten bei Wahlen gewählt werden. 1890 verlängerte der Reichstag das Gesetz nicht mehr. Bei den Reichstagswahlen 1890 erhielten die Sozialdemokraten die meisten Stimmen.
Nationalismus	s. Nationalstaatsgedanke u. Nationalismus
Militarismus	Bezeichnung für die Überbewertung des Militärischen gegenüber dem zivilen Leben. Die Sicherung und der Ausbau der militärische Stärke des Staates steht im Zentrum des politischen Interesses. Vertreter des Militärs werden sozial und wirtschaftlich bevorzugt. Militärische Führer besetzen oft politische Führungspositionen. Auch das zivile Leben wird durch militärische Formen und Ideale wie Uniformierung oder Gehorsam geprägt. Der Militarismus steht damit im Gegensatz zu den Idealen des - Liberalismus und der - Demokratie.
Antisemitismus	s. Nationalsozialismus
Imperialismus	s. Imperialismus
Sozialgesetzgebung	Erst langsam erkannte der Staat im 19. Jahrhundert die Notwendigkeit einer Sozialpolitik, nachdem er durch die Förderung der Industrialisierung einen Teil der sozialen Ungleichheiten selbst hervorgerufen hatte. Das Versicherungswesen, problembezogene Beihilfen und Entlastungen, Vorsorgemaßnahmen, Aufklärung und soziale Einrichtungen sind die wichtigsten Felder der Sozialpolitik geworden.
Konstitutionelle Monarchie	s. Nationalstaatsgedanke u. Nationalismus

**3. DIE ZWEITE INDUSTRIELLE REVOLUTION**

Begriff	Definition
Industrialisierung	Wegen der umfassenden Veränderungen der gesamten Gesellschaft auch als „Industrielle Revolution“ bezeichnet, ist die Industrialisierung eigentlich ein langfristiger, voraussetzungsreicher und komplexer Prozess. Industrialisierung meint den Übergang von einer agrarisch-handwerklich bestimmten Wirtschaftsordnung zu fabrikmäßiger Massenproduktion, bei der die Waren in arbeitsteiligem, durchrationalisiertem Verfahren und mit weitgehendem Einsatz von Maschinen für einen unpersönlichen Markt hergestellt werden. Dieser Vorgang hat Einfluss auf die gesellschaftliche Zusammensetzung der Bevölkerung, verändert Produktionsvolumen und die Verteilung des Wohlstands, beeinträchtigt die Umwelt, besonders in der Frühphase durch Raubbau an Rohstoffen und mangelhafte Entsorgung. In der Frühphase wurde die Industrialisierung von bestimmten Schrittmacherindustrien begünstigt. je nach Industrieland spielten ferner die - Agrarrevolution, die Bevölkerungsentwicklung und politische Bedingungen eine förderliche Rolle. Im weiteren Verlauf der Industrialisierung wurden neue Industriezweige als Leitsektoren wirksam.
Kapitalismus	Wenn alle Abläufe der Wirtschaft vom Besitz/Nichtbesitz von Kapital sowie von der Art des Einsatzes abhängen, gilt ein Wirtschaftssystem als kapitalistisch. Kapital umfasst dabei sowohl das frei verfügbare Vermögen als auch das in Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen und anderen Betriebsmitteln investierte Kapital.
Wirtschaftsliberalismus (Adam Smith)	Die Vorstellung, dass der Wirtschaftsprozess nicht vom Staat, sondern von den privaten Wirtschaftsteilnehmern auf der Grundlage des freien Wettbewerbs und des Privateigentums bestimmt wird, ist Grundgedanke des Wirtschaftsliberalismus, der seine klassische Grundlegung durch Adam Smith erhalten hat. Smith geht von der Annahme aus, dass der Egoismus eine angeborene Eigenschaft des Menschen sei, die durch freien Wettbewerb jedoch zum volkswirtschaftlichen Nutzen ausschlägt. Angebot und Nachfrage in einer freien Marktwirtschaft sorgen für niedrige Preisbildung, die wiederum dem Gemeinwohl zugutekommt. Bedingt durch globale Verflechtungen hat Marktwirtschaft heute zunehmend weniger nationalen Charakter.
Marxismus	Die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels ist im 19. Jahrhundert als eine Theorie der Weltgeschichte auf der Basis dialektisch-materialistischen Denkens entwickelt worden, und zwar als Gegenbewegung zu dem besonders von Friedrich Hegel begründeten deutschen Idealismus. Sowohl der „Historische Materialismus“, der letztlich die Entstehung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung als notwendige Konsequenz aus der Geschichte der Klassenkämpfe entwickelte, als auch die „Politische Ökonomie“, die eine Kritik des - Kapitalismus darstellte, wurden von vielen Nachfolgern verwendet und weitergedacht, die das System von Marx und Engels ihren Bedürfnissen und den konkreten gesellschaftlichen Situationen anpassten. Vor allem Lenin hat aus dem so verstan-

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	denen Marxismus die Revolution in Russland 1917 begründet. Aber auch revolutionäre Bewegungen und linke Kritiker von Gesellschaft und Politik nutzen die systematischen Überlegungen von Marx und Engels für ihre Zwecke. Mit dem Zerfall des Sowjetsystems hat der Marxismus an Attraktivität verloren.
Arbeiterbewegung	Die Lage der Arbeiter im Kapitalismus führte zur Notwendigkeit, organisiert für die Verbesserung der eigenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage einzutreten. Die Arbeiterbewegung entwickelte regional unterschiedlich zwei Stoßrichtungen: die wirtschaftlich ausgerichteten - Gewerkschaften und die politisch ausgerichteten Arbeiterparteien.
Proletariat	So bezeichnete Karl Marx alle Arbeiter, die als Gegenpart der Bourgeoisie auf dem Markt nur ihre Arbeitskraft verkaufen konnten. Die Fabrikarbeiterschaft wurde z.T. als Industrieproletariat hervorgehoben, die pauperisierten Armen galten als Lumpenproletariat. Zutreffend betont der Begriff Proletariat den Nichtbesitz von Produktionsmitteln, differenziert aber nicht genug zwischen den einzelnen Gruppierungen der Arbeiterschaft.
Bourgeoisie	Der Begriff stammt aus der Zeit der Französischen Revolution und bezeichnete dort das besitzende Bürgertum. Durch Karl Marx ist der Begriff auf alle Besitzer von Produktionsmitteln (Boden, Kapital, Werkzeuge, Maschinen, Arbeit, Wissen, Beziehungen) ausgeweitet worden. Der Begriff soll zum Ausdruck bringen, dass ihnen eine gemeinsame Interessenlage und Stellung im Produktionsprozess eigen ist.
Streik	Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhandeln über die Höhe von Löhnen und Gehältern und über Arbeitszeiten. Wenn sie sich nicht einigen können, kann es zu einem Arbeitskampf kommen. Dann können Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit ihre Arbeit niederlegen. Das ist ein Streik. (Das Wort kommt vom englischen Wort "to strike", das bedeutet „stoßen“ oder „schlagen“.) Auf diese Weise wollen die Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen durchsetzen. Sie wollen die Arbeitgeber unter Druck setzen, denn wenn nicht gearbeitet wird, kann ein Betrieb in dieser Zeit nichts verdienen. Streikposten verhindern vor den Toren der Betriebe, dass Arbeitswillige ihren Arbeitsplatz erreichen.
Gewerkschaft	Zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft haben - Arbeiter diese Interessenverbände geschaffen. Hatten sich anfangs nur Handwerkergelegen gegen ungerechte Behandlung durch die Meister, gegen Lohndrückerei und den Zunftregeln widersprechende Arbeitsmethoden zusammengeschlossen, so traten bald auch die Lohnarbeiter mit höherer fachlicher Qualifikation und schließlich die un- bzw. angelernten Arbeiter hinzu. Ihr wichtigstes Kampfmittel war der Streik. Die Ausprägung und Bedeutung von Gewerkschaften ist von Land zu Land verschieden gewesen: In England und Deutschland erlangten sie große wirtschaftliche und politische Bedeutung, in den USA war ihr Einfluss geringer.
Pauperismus	s. Nationalstaatsgedanke und Nationalismus
Soziale Frage	Eine der großen Herausforderungen des 19. Jahrhunderts war die Bewältigung der gesamtgesellschaftlichen Probleme, die sich aus der - Industrialisierung ergaben. Sie werden unter dem Begriff „Soziale Frage“ zusammengefasst. Im engeren Sinn umfasst die Begrifflichkeit die konkreten Überlegungen und Lösungsansätze im Blick darauf, wie die Nachteile dieser Entwicklung für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land aufgefangen werden sollten. In Europa und den USA hat es verschiedene Lösungswege gegeben, je nach den sozialökonomischen Traditionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen.

**4. IMPERIALISMUS**

Begriff	Definition
Imperialismus , Formeller Imperialismus, Informeller Imperialismus	In der Geschichtswissenschaft wird die Bezeichnung vor allem als Epochenbegriff für die weltweite Ausbreitung, Konkurrenz und direkte bzw. indirekte Herrschaft über fremde Länder durch die europäischen Großmächte, Japan und die USA zwischen 1880 und dem Ersten Weltkrieg verwandt. Dieser Hochimperialismus war darauf gerichtet, insbesondere in Afrika und Asien neue Kolonien zu gründen und Interessensphären zu schaffen, um neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erschließen, aber auch um nationales Prestige als Großmacht zu festigen und zum Teil von eigenen innenpolitischen Spannungen abzulenken. Historiker unterscheiden dabei zwischen „formeller“ und „informeller“ Herrschaft. Formelle Herrschaft bedeutet die Erüberung eines Gebietes und die Übernahme der Macht durch die Kolonialherren. Bei der informellen Herrschaft werden die politischen Machtstrukturen des Landes belassen, die Herrschaft wird durch militärische Stützpunkte sowie ökonomische und politische Druckmittel ausgeübt, die die eigenen Interessen sichern.
Kolonialismus	Ausgehend von dem Begriff Kolonie als jedem von einer fremden Macht abhängigem Gebiet oder Land, seit dem Zeitalter der Entdeckungen besonders im Sinne der von europäischen Staaten in Übersee erworbenen Besitzungen, bezeichnet Kolonialismus die wirtschaftliche Expansion, die mittels politischer Beherrschung einer unterlegenen Zivilisation abgesichert wird. Der neuzeitliche Kolonialismus begann im Zeitalter der - Entdeckungen im 15. Jahrhundert. Rohstoffausbeutung und vermeintliche Missionierung bestimmten das Verhältnis europäischer Staaten zu den überseeischen Gebieten. Der Führungsanspruch wurde auch materiell und politisch abgestützt. Zu den Kolonialmächten zählten vor allem Spanien (Süd- und Mittelamerika), im 17. Jahrhundert England und die Niederlande, im 18. Jahrhundert Großbritannien und Frankreich (Wettlauf in Asien und Nordamerika). Mit der Unab-

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	hängigkeit der USA begann eine gegenläufige Bewegung: Die weißen Kolonialgebiete lösten sich vom Mutterland, andererseits begannen die europäischen Industriestaaten im 19. Jahrhundert den Wettlauf um unerschlossene Gebiete. Daran beteiligten sich schließlich auch die USA als ehemalige Kolonie.
Entente	(von franz. Einverständnis). Bezeichnung für eine diplomatische Verständigung zwischen Staaten. Die Entente Cordiale von 1904 ist z. B. die Verständigung zwischen England und Frankreich über Kolonialfragen. Sie war kein förmlicher Bündnisvertrag, aber eine politische Zusammenarbeit, die sich gegen die Weltpolitik Deutschlands richtete.
Rassismus	Die Gesamtheit der Theorien und politischen Lehren, die die menschliche Erdbevölkerung in Menschenrassen klassifiziert und dabei Zusammenhänge zwischen Körperentwicklung und Kulturentwicklung behauptet. Die Theorien versuchen, kulturelle Fähigkeiten und Entwicklungen der Geschichte nicht auf politische und soziale, sondern auf biologische Ursachen zurückzuführen. Dabei wird eine Über- oder Unterlegenheit einer menschlichen „Rasse“ gegenüber einer anderen behauptet, um die Herrschaft über Menschen, Volksgruppen und Völkern anderer Herkunft mit Verweis auf angeblich naturgegebene sittliche oder intellektuelle Unterlegenheit zu rechtfertigen. Der Rassismus liefert also die Begründung für Diskriminierung, Unterprivilegierung und Unterdrückung.
Sozialdarwinismus	s. Nationalsozialismus

**5. DER ERSTE WELTKRIEG UND DAS EPOCHENJAHR 1917**

Begriff	Definition
Julikrise	Die <b>Julikrise</b> war die Zuspitzung der Konfliktlage zwischen den fünf europäischen Großmächten sowie Serbien, die auf die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 folgte und die zum Ersten Weltkrieg führte. Bis heute werden die Motive und Handlungsweisen aller beteiligten Mächte, Politiker und Diplomaten sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter Historikern kontrovers diskutiert. So hängt etwa die jeweilige Antwort auf die Kriegsschuldfrage entscheidend davon ab, wie die Ereignisse während der Julikrise bewertet werden, wobei mit den Bewertungsfragen auch bestimmte psychologisch-soziologische Aspekte des „Vabanque-Spielens“ wichtig werden, etwa die sog. „Brinkmanship“
Totaler Krieg	s. Nationalsozialismus
Versailler Vertrag	Bezeichnung für den am 28.6.1919 unterzeichneten und am 10.1.1920 in Kraft getretenen Friedensvertrag zwischen den 26 alliierten und assoziierten Mächten und dem Dt. Reich zur Beendigung des Ersten Weltkriegs (1914–1918). Der V. V. wies dem Dt. Reich die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu. Er sah für das Dt. Reich große Gebietsabtretungen bzw. zeitweilige Gebietsbesetzungen, die Internationalisierung wichtiger dt. Flüsse und den Verzicht auf alle Kolonien vor. Weiterhin verlangte er die Auslieferung von Kriegsverbrechern, regelte die Auslieferung von Kriegsgefangenen und führte zur (zeitweiligen) Entmilitarisierung einiger dt. Gebiete (z. B. Rheinland) und drastischen Beschränkung der zahlenmäßigen Größe der dt. Wehrmacht. Darüber hinaus belegte er das Dt. Reich mit enormen Reparationszahlungen; enthielt aber auch die Satzung für den Völkerbund, ohne dass D Mitglied wurde. Der V. V. wurde in D als ungerecht angesehen (die USA und China schlossen mit D einen Sonderfrieden) und führte in der Weimarer Republik zu außerordentlichen politischen Spannungen (insbesondere geschürt von den Nationalisten und Nationalsozialisten, aber auch von den Rechtskonservativen und den Militärs). Obwohl infolge der dt. Verständigungspolitik (Stresemann) nicht alle Vertragsbedingungen umgesetzt werden mussten, gilt der V. V. als schwierigste wirtschaftliche und politische Belastung der ersten dt. Demokratie. Von besonderer Bedeutung war der Artikel 231 des V. V., der dem Deutschen Reich die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg zusprach.
Heimatfront	Bezeichnung für die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in das Militärsystem während des Krieges durch Arbeit in der Rüstungsindustrie, Sammelaktionen, Kriegsanleihen und andere Unterstützungsaktionen.
Dolchstoßlegende	Behauptung, nicht die militärische Führung des Deutschen Kaiserreiches sei schuld an der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg, sondern Demokraten und Sozialisten, die sich gegen einen Siegfrieden als Kriegsziel gewandt hatten. Die Dolchstoßlegende wurde zu einer politischen Kampfpapole der antidemokratischen, nationalistischen Kräfte in der Weimarer Republik.
Leninismus	Bezeichnung für die politische Theorie und Praxis Wladimir Iljitsch Lenins (1870–1924), der sich auf die marxistische Theorie stützte. Lenin beschäftigte sich vor allem mit der Frage, wie es in einem industriell unterentwickelten, landwirtschaftlich geprägten Land wie Russland zu einer sozialistischen Revolution kommen könne. Dazu hielt er u. a. eine zentralistisch aufgebaute Partei von Berufsrevolutionären für erforderlich, die als Vorhut und Motor einer revolutionären Bewegung die gesellschaftliche und politische Umwälzung durchführen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen sollten, in der der Staat als Unterdrückungsapparat nach und nach absterben werde. Der L. wurde unter Stalin als Marxismus-Leninismus dogmatisiert und zur Staatsdoktrin der Sowjetunion.
Bolschewiki	Auf ihrem Parteitag 1903 in London spaltete sich die in Russland verfolgte Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) in zwei Flügel. Die Anhänger Lenins, die eine knappe Mehrheit



**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	hatten, nannten sich von da an Bolschewiki (d. h. Mehrheitler) im Unterschied zu den Menschewiki (Minderheitler). Der Konflikt entzündete sich an der Frage, ob die SDAPR unter den Bedingungen der Illegalität eine straff geführte Organisation von Berufsrevolutionären sein oder sich um eine möglichst breite Massenbasis bemühen sollte. Lenin und die Bolschewiki vertraten die erste Position.
Kommunismus	Sammelbegriff einerseits für auf den Werken von Karl Marx, Friedrich Engels und W. 1. Lenin aufbauende „kommunistische“ Ideologien, die im Detail sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können, und andererseits für politische Bewegungen oder Staaten, die sich in ihrer praktischen Politik auf eine solche Ideologie berufen.
14-Punkte-Plan (Woodrow Wilson)	W. Wilson (Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika) hielt am 8. Januar 1918 eine Rede vor dem Amerikanischen Parlament in dem er sich zur Friedensbildung in Europa nach dem ersten Weltkrieg aussprach. Amerika wollte ein stabiles und demokratisches Europa und sprach sich deshalb für das „Programm des Weltfriedens“ aus. Einer seiner Punkte (und auch der wichtigste) war die Selbstbestimmung der Völker die zuvor erstmals von Leo Trotzki formuliert wurde. Die einzelnen Punkte bezogen sich teilweise auf sehr konkrete Handlungen und teilweise waren sie ziemlich oberflächlich formuliert. Dieses führte später auch zur Kritik, da sich Wilson einerseits für die Selbstbestimmung der einzelnen Völker einsetzte und auf der anderen Seite die Ordnung der Kolonialfragen forderte (also sich nicht direkt gegen die Besetzung von Kolonien aussprach). Insgesamt wurde das Programm als in sich widersprüchlich, utopisch und ideologisch gefärbt kritisiert. Durch die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte konnte das Programm später auch nicht vollständig realisiert werden.
Völkerbund	(League of Nations). Der V. war eine internationale Organisation zur Wahrung des Friedens nach dem Ersten Weltkrieg, wie sie in den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Wilson bereits 1918 vorgeschlagen wurde. Sie erhielt ihre Satzung im Versailler Vertrag (1919) und hatte ihren Sitz in Genf von 1920 bis 1946. Überste Organe waren die Bundesversammlung und der Völkerbundsrat, dem die Hauptmächte (England, Frankreich, Italien bis 1937, Japan bis 1933, Deutschland 1926-1933, UdSSR 1934-1939), nicht jedoch die USA angehörten. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich zur Schlichtung von internationalen Streitfragen, die Machtmittel beschränkten sich jedoch auf wirtschaftliche Druckmittel und politische Maßnahmen (Verurteilungen, Ausschluss) und konnten daher nur wenig ausrichten. Der V. wurde 1946 von der UNO abgelöst.

**6. DIE WEIMARER REPUBLIK**

Begriff	Definition
Dolchstoßlegende	s. Erster Weltkrieg
Reparationen	s. Nationalsozialismus
Parlamentarische Demokratie	Die parlamentarische Demokratie beruht auf dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes, der Volkssouveränität, und stellt ein freiheitliches, selbstbestimmtes und offenes politisches System dar. Die größte Macht liegt beim Parlament, d. h., dass ohne eine Mehrheit im Parlament keine weiterreichenden politischen Entscheidungen getroffen werden können (Mehrheitsprinzip).
Verfassung	Die vertragsmäßige Regelung der grundlegenden Ordnung eines Staates, der Aufgaben, Rechte und Pflichten seiner Organe und Bürger. Eine Verfassung kann sich über einen längeren Zeitraum hin aufgrund einzelner Rechtsakte entwickeln oder in einem einmaligen Gesetzgebungsakt (z. B. Verfassung der USA, 1789) geschaffen werden.
Inflation	Beschleunigtes Ansteigen des Preisniveaus, d. h. Geldentwertung. Eine „schleichende“ Inflation gibt es in fast allen marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten, weil sowohl die abhängig Beschäftigten als auch die Unternehmer versuchen, ihren Anteil am Sozialprodukt zu vergrößern (Lohn-Preis-Spirale). Zur Steigerung des Preisniveaus kann es auch kommen, wenn die Nachfrage nach Gütern das Angebot übersteigt oder wenn Preissteigerungen im Ausland zur Verteuerung der importierten Güter führen. Inflation entsteht insbesondere dann, wenn staatliche Ausgaben, etwa für Rüstung oder Sozialpolitik, nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind, sondern durch den Neudruck von Banknoten finanziert werden, denen kein Gegenwert in Sachwerten entspricht. So kam es in Deutschland 1923 zu einer Hyperinflation, in der der Wert des Geldes völlig verfiel. Durch eine Inflation werden insbesondere die Besitzer von Geldvermögen geschädigt, während Schuldner davon profitieren.
Notverordnungen	Durch Regierung oder Staatsüberhaupt ohne Beteiligung des Parlamentes erlassene Gesetze. Viele Verfassungen enthalten solche Bestimmungen für den Fall, dass das rechtmäßige Gesetzgebungsorgan, das Parlament, nicht handlungsfähig ist, so z. B. die Weimarer Verfassung mit dem Art. 48.
Weltwirtschaftskrise	Die rasche Entwicklung der Industrialisierung und ihre Ausdehnung auf immer mehr Länder führte in den 1920er-Jahren zu einer Überproduktion von industriellen Gütern bei gleichzeitigem Absinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Dies führte im Oktober 1929 an der New Yorker Börse zu einem Kursverfall, der eine panikartige Kettenreaktion über das Banken- und Kreditsystem auslöste (Bankenzusammenbrüche, Konkurse, Verfall nationaler Währungen). Da Deutschland über kurz- und mittelfristige Kredite eng mit dem amerikanischen Banken- und Wirtschaftssystem verflochten war, war es besonders stark von diesem wirtschaftlichen Zusammenbruch betroffen. Die industrielle Produktion ging zurück, die Löhne und Gehälter sanken, die Arbeitslosigkeit stieg. Dies trug zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise bei, die den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigte.

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

Präsidialkabinette	Regierungen, die ohne Unterstützung durch das Parlament regieren und sich dabei nur auf das Vertrauen des Staatsoberhauptes stützen. Ab 1930 wurde in der Weimarer Republik der Reichstag handlungsunfähig, sodass der Reichspräsident zum eigentlichen Machtzentrum wurde. Die Reichskanzler benötigten seine Unterstützung, um mit Notverordnungen nach dem Art. 48 der Weimarer Verfassung regieren zu können.
Stalinismus	Der Begriff wird mit mehreren Bedeutungen verwendet. Er meint einerseits eine historische Periode in der Entwicklung der Sowjetunion und der Ostblock-Staaten, die von 1924, als Stalin die Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) übernahm, bis 1956 wahrte, als der XX. Parteitag der KPdSU eine Entstalinisierung einleitete. Er meint andererseits eine totalitäre Gesellschafts- und Staatsverfassung, zu deren markanten Merkmalen Terror, willkürliche Verfolgungen, Straflager, straffe wirtschaftliche Organisation und Personenkult gehören. Außerdem meint er eine politische Theorie, in der Elemente der Theorien von Marx, Engels und Lenin kanonisiert und dogmatisiert wurden, sodass sie eine theoretische Rechtfertigung für alle praktisch-politischen Maßnahmen der stalinistischen Parteiführung liefern konnte.
Faschismus	(von lat. <i>fascis</i> Rutenbündel, Machtsymbol römischer Beamter und ital. <i>fascio</i> = der Bund). Seit den 20er- Jahren des 20. Jh. zusammenfassende Bezeichnung für politische Bewegungen nach dem Vorbild der italienischen „fasci di combattimento“ unter Benito Mussolini, die durch bestimmte gemeinsame Merkmale (u.a. Führerprinzip, Übertragung militärischer Prinzipien und Umgangsformen auf das zivile Leben, Überhöhung des nationalen Selbstwertgefühls) sowie durch die doppelte Frontstellung gegen den Kommunismus einerseits und die liberale Demokratie andererseits gekennzeichnet sind. Als Selbstbezeichnung blieb der Begriff auf Italien beschränkt; die deutschen Nationalsozialisten haben sich selbst nie als Faschisten bezeichnet. Man unterscheidet zwischen faschistischen Bewegungen, die es in vielen europäischen Ländern gegeben hat, und faschistischen Regimes, die in Italien und Deutschland entstanden.
Isolationismus	1) I. bezeichnet die Tendenz zum freiwilligen Selbstausschluss aus dem internationalen politischen Geschehen oder die Abschottung vom Ausland. 2) Der I. war seit der Monroe-Doktrin (1823) Teil der US-amerikanischen Außenpolitik, wurde während des Ersten Weltkrieges ausgesetzt und ist (abgesehen von gelegentlichen innenpolitischen Stimmen) seit 1945 praktisch ohne Belang.
New Deal	Nach einer Phase des <i>Big Business</i> im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert erlebten die USA 1929 einen Einbruch der Aktienkurse, gefolgt von einer nationalen und schließlich weltweiten Wirtschaftskrise. Als Antwort auf die Phase der <i>Great Depression</i> entwickelte Präsident Franklin D. Roosevelt die Politik des <i>New Deal</i> . Produktionsbeschränkungen für die Landwirtschaft, Kontrollen des Bank- und Kreditwesens, Ausweitung öffentlicher Aufträge, Förderung freier Gewerkschaften und die Einführung bundesstaatlicher Sozialversicherungen sollten den Weg aus der Krise bahnen. Roosevelts Konzept w& teilweise erfolgreich, bewirkte jedoch hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen wenig.

**7. NATIONALSOZIALISMUS**

Begriff	Definition
Nationalsozialismus	Nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland aufgekommene, dem Führerideal huldigende antidemokratische Bewegung mit extrem nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Weltanschauung. Nach der Machtübertragung am 30.1.1933 bezeichnete der Begriff neben der so charakterisierten Weltanschauung und politischen Bewegung (NSDAP) auch das nun errichtete Herrschafts- und Gesellschaftssystem sowie die Epoche der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945.
Antisemitismus	Allgemeiner Begriff für antijüdische Bestrebungen. Die ablehnend-distanzierte Haltung gegenüber den Juden ist bereits in der Antike aufgetreten und durchzieht die Geschichte des christlich geprägten Abendlandes. Mehrfach entlud sich der Judenhass (z. B. im Zusammenhang mit der Kreuzzugbewegung oder der Pestepidemie um 1347) in aggressiven Handlungen gegen die als „Mörder Christi“ diffamierten Juden. In der Regel meint der Begriff den modernen Antisemitismus, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden ist. Der moderne Antisemitismus betrachtet in Anlehnung an die Überlegungen Darwins (Sozialdarwinismus) die Juden als eine minderwertige „Rasse“ und ersetzt damit zusehends die kulturell-religiöse Argumentation. In allen Ländern, in die die Juden eingewandert seien, würden sie ihre „Wirtsvölker“ ausbeuten, ohne selbst zu positiven Leistungen fähig zu sein. Dabei wurden die Juden häufig mit den modernen Entwicklungen - Industrialisierung Kapitalismus, Kommunismus - identifiziert. Um die Jahrhundertwende hatte sich der moderne Antisemitismus zu einem gesamt-europäischen Phänomen entwickelt. Der moderne Antisemitismus wurde wichtiger Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und führte zum grausamen Völkermord an den Juden (Holocaust).
Sozialdarwinismus	Übertragung des sog. Darwinismus auf das Verhalten menschlicher Gesellschaften. Der englische Biologe Charles Darwin (1809-1882) behauptete, dass in der Natur der „Kampf um das Dasein“ zu einer Auslese führe, um Arten zu entwickeln und durchzusetzen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde diese Theorie verwandt, um die Unterwerfung der farbigen Völker durch die weiße Rasse auf der Basis der angeblichen rassistischen Ungleichheit zu rechtfertigen. Die Annexion außereuropäischer Gebiete mit der einhergehenden Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung erschien danach als ein natürlicher Prozess.

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

Rassenlehre	Die pseudowissenschaftliche Übertragung der biologischen Abstammungslehre auf die menschliche Geschichte und Politik (Sozialdarwinismus). Menschen werden in dieser Lehre z.T. aufgrund ethnischer Merkmale, wie z. B. der Haut- oder Haarfarbe, z.T. aufgrund besonders konstruierter Merkmale, wie der Schädelform, in angeblich von Natur aus unterschiedliche Gruppen geteilt und in eine Rangfolge der Höher- bzw. Minderwertigkeit eingeordnet. Die Vertreter einer solchen Rassenlehre definieren sich dabei selbst immer in der höchsten dieser Ranggruppen und begründen ihre Ablehnung bzw. Verfolgung anderer Gruppen mit deren angeblich naturgebener Minderwertigkeit. Eine besondere Spielart dieser Rassenlehre bildete der nationalsozialistische >Antisemitismus. Um eine angeblich höherwertige Rasse durch ein bestimmtes Fortpflanzungsverhalten zu „schützen“, mündete die Rassenlehre im ausgehenden 19. und frühen 20. Jh. häufig in die politische Forderung nach „Rassenhygiene“ (Heiratsverbote, Zwangssterilisationen) <b>bis hin zur nationalsozialistischen Euthanasie.</b>
Volksgemeinschaft	Nationalsozialistischer Propagandabegriff, der die innere Geschlossenheit des von der NS-Rassenlehre konstruierten arischen (deutschen) Volkes sowie die angebliche Aufhebung innerer sozialer Konflikte (z. B. zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern) behauptete.
Führerprinzip	Offizieller Titel Hitlers seit August 1934 „Führer und Reichskanzler“; Anrede: „Mein Führer“; der mit quasi religiöser Verehrung umgebene, aus der Mitte des Volkes stammende Leiter des Volkes mit uneingeschränkten Befugnissen; der Führer verkörperte das Volk, den „wahren Volkswillen“. Das Führerprinzip verlangte - in scharfem Gegensatz zur demokratischen Vorstellung politischer Meinungsbildung - den unbedingten Gehorsam der „Gefolgschaft“ gegenüber ihrem „Führer“. Nach dem Führerprinzip wurde der nationalsozialistische Führerstaat hierarchisch durchorganisiert, mit Adolf Hitler als „Überstem Führer“ an der Spitze. Rivalisierende Ämter und Befugnisse schufen zugleich ein undurchschaubares Entscheidungssystem, das Raum für Willkürentscheidungen auf allen politischen Ebenen schuf.
Lebensraum	Gegen Ende des 19. Jh. entwickelter geopolitischer, von der nationalsozialistischen > Rassenlehre aufgenommener Begriff, der das einem Volk zur Verfügung stehende Territorium bezeichnete und implizierte, dass ein Volk umso mächtiger sei, je mehr Land ihm zur Verfügung stünde. Die nationalsozialistische Propaganda betonte immer wieder, dass dem deutschen Volk ein zu enger „Lebensraum“ zur Verfügung stünde („Volk ohne Raum“). Dieser „Lebensraum“-Begriff bildete als Rechtfertigung der deutschen Expansionspolitik im Zweiten Weltkrieg einen der zentralen Begriffe der nationalsozialistischen Ideologie.
Machtübertragung	Bezeichnung für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durch den Reichspräsidenten von Hindenburg.
„Gleichschaltung“	Der Begriff tauchte zuerst im „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder“ (31.1.1933) auf, das die aus der Weimarer Zeit stammenden Landtage auflöste und ihre Neuzusammensetzung nach dem Stärkeverhältnis des (nationalsozialistisch dominierten) Reichstages regelte. Die gewählten Länderregierungen wurden offiziell am 7.4.1933 durch von der Reichsregierung ernannte „Reichsstatthalter“ ersetzt. Die formelle Aufhebung der Länderrechte und damit der föderalen Struktur der Weimarer Republik erfolgte 1934. Später bezeichnete der Begriff in einem weiteren Sinne den gesamten Prozess der Ausschaltung politischer Gegner und der Schaffung linientreuer Organisationen und Institutionen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Zeitraum Januar 1933 bis August 1934.
SA	„Sturmabteilung“, ursprünglich als „Saalschutz“ bei politischen Veranstaltungen gegründete Unterabteilung der NSDAP. Die SA umgab früh ein Kult um den ermordeten SA-Führer Horst Wessel und sein Lied „Die Fahne hoch“ („Horst-Wessel-Lied“). Nach der Machtübertragung geriet die SA infolge ihrer gegen die Wehrmacht und das Großbürgertum gerichteten Ambitionen in Konflikt mit der Führung der NSDAP und wurde im Sommer 1939 entmachtet.
SS	„Schutzstaffel“; ursprünglich eine Art Eliteorganisation der NSDAP, entwickelte sich die SS zu einer Massenorganisation, die unter der Führung des „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei“, Heinrich Himmler, den Kern des NS-Terrorystems bildete. Verbände ihrer zahlenmäßig größten Untergliederung, der „Waffen-SS“, agierten gemeinsam mit der Wehrmacht, kontrollierten ihre ideologische Zuverlässigkeit und organisierten die rassistische Besatzungspolitik in den erüberten Ostgebieten; die sogenannten „SS-Totenkopfverbände“ übernahmen die Bewachung der >Konzentrationslager.
Konzentrationslager	Ursprünglich (seit der Machtübertragung 1933) Internierungslager für politische Häftlinge als „Schutzhäftlinge“, vor allem Politiker der KPD und der SPD; erste Lager waren Oranienburg, Dachau und Buchenwald bei Weimar. Seit Sommer 1934 Auflösung der „Wilden Lager“ der SA und Übernahme durch die SS. Nach Kriegsbeginn wurden sechs riesige Arbeits- und Vernichtungslager für Juden, Polen, Sinti, Roma u. a. vor allem im besetzten Polen errichtet: Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Maidanek, Sobibor, Chelumno und Belzec.
Appeasementpolitik	(engl. <i>to appease</i> = beruhigen). Außenpolitische Strategie der britischen Regierung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, die von dem Versuch geprägt war, das NS-Regime durch diplomatische und territoriale Konzessionen von expansiver Aggression abzuhalten. Höhepunkt dieser Politik war das Münchner Abkommen vom 29.9.1936. Als mit dem deutschen Einmarsch in die CSSR am 15.3.1939 das Scheitern der Appeasementpolitik offenkundig wurde, ging die britische Regierung von dieser problematischen Strategie ab und begann eine militärische Aufrüstung, um der

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	deutschen Diktatur notfalls mit Waffengewalt entgegenzutreten zu können.
Münchener Abkommen	Das Münchener Abkommen vom 29.9.1936 zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien sah die sofortige Abtretung des Sudetenlandes von der CSSR an das Dritte Reich vor. Die CSSR war kein Vertragspartner, sondern reines Objekt der Verhandlungen. Das Abkommen ist Bestandteil der deutschen Expansionspolitik vor dem Zweiten Weltkrieg und stellt den letzten und historisch bedeutsamsten Ausdruck der Appeasementpolitik Großbritanniens und Frankreichs gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland dar.
Hitler-Stalin-Pakt	Umgangssprachliche Bezeichnung für das zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion am 23.8.1939 geschlossene Abkommen, in dessen geheimem Zusatzprotokoll die Interessensphären beider Staaten in Osteuropa, insbesondere eine zukünftige Aufteilung Polens, festgelegt wurde.
Holocaust / Shoa	(griech. <i>holos</i> = ganz, <i>kaustes</i> = verbrannt; engl. <i>holocaust</i> =Inferno). Bezeichnung für den systematisch betriebenen Völkermord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden, dem etwa sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen (Konzentrationslager). Unter Juden wird oft der Begriff Shoa („großes Unheil/Unglück“) verwendet.
Widerstand	Als Widerstand gegen den Nationalsozialismus (auch als Widerstand gegen das NS-Regime/Diktatur bzw. Hitlerfaschismus bezeichnet), wird der Widerstand von Einzelpersonen wie Georg Elser, Gruppen wie der Roten Kapelle, des Attentats vom 20. Juli 1944, der Weißen Rose, den Edelweißpiraten oder des Kreisauer Kreises, dem Harnier-Kreis sowie Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen oder politischen Parteien im Deutschen Reich und den davon besetzten Staaten vor und während der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 gegen ebendiesen bezeichnet. Zum Teil setzte der Widerstand lange vor der Machtergreifung 1933 durch die Nationalsozialisten (NSDAP) unter dessen Vorsitzenden Adolf Hitler ein
Totaler Krieg	Als totaler Krieg wird eine Art der Kriegsführung bezeichnet, bei der die gesellschaftlichen Ressourcen umfassend für den Krieg in Anspruch genommen werden, insbesondere für eine industrialisierte Kriegsführung. Weit verbreitet wurde der Ausdruck im Zweiten Weltkrieg, als er von Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 während der Sportpalastrede im Berliner Sportpalast gebraucht wurde. Eher unwahrscheinlich ist, dass Goebbels hierbei Bezug auf Franklin D. Roosevelt nahm, weil dieser am 12. Februar, also sechs Tage zuvor, bei der Casablanca-Konferenz im Januar die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reichs gefordert hatte.

**8. DER OST-WEST-KONFLIKT**

Begriff	Definition
Ost-West-Konflikt	Bezeichnung für den weltumspannenden, letztlich ideologisch begründeten, dann aber alle Lebensbereiche (Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kultur) umfassenden Konflikt zwischen der kommunistischen (östlichen) Welt unter Führung der Sowjetunion und der kapitalistisch-liberalen (westlichen) Welt unter Führung der USA. Der O. prägte das gesamte „kurze“ 20. Jahrhundert seit der russischen Oktoberrevolution 1917 bis zum Ende der Sowjetunion 1989/90, wurde aber während des Zweiten Weltkrieges durch die Allianz gegen die Achsenmächte und insbesondere das nationalsozialistische Deutschland überlagert. Nach 1945 eskalierte der O. vor dem Hintergrund der Entwicklung von >Atomwaffen zu einem den gesamten Globus bedrohenden >Kalten Krieg und führte zu einer bipolaren Ordnung, die die Weltpolitik bis 1989/90 bestimmte.
Kalter Krieg	1947 in den USA („Cold War“) geprägte Bezeichnung für die Konfrontation der Machtblöcke im Ost-West-Konflikt am Rande eines Atomkrieges, der jedoch nicht ausbrach („kalt“ blieb). Dagegen gab es Stellvertreterkriege zwischen den Supermächten auf anderen Territorien, in denen die Supermächte entweder direkte Verbündete oder den Feind des Gegners unterstützten, z. B. in Korea, Vietnam oder Afghanistan.
Atomares Patt	Der Begriff bezeichnet die durch die atomare Rüstung entstandene Unmöglichkeit beider Supermächte, über die jeweils andere Supermacht einen militärischen Sieg zu erringen („Gleichgewicht des Schreckens“, Zweitschlagskapazität).
Containment	(engl. Eindämmung), geprägt durch George F. Kennan, Bezeichnung für die Politik der USA und ihrer Verbündeten zu Beginn des Ost-West-Konfliktes mit dem Ziel, eine Ausdehnung des Einflussbereiches der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu verhindern. Zentrales Element der „containment“-Politik der USA ist die sogenannte „Truman-Doktrin“ (1947).
Roll-Back	(engl. zurückdrängen). Strategisches Konzept der USA und des Westblocks, das - über das Konzept des >„Containment“ hinausgehend - nicht nur die Eindämmung, sondern die aktive Zurückdrängung des Einflusses des kommunistischen Machtblocks zum Ziel hatte. Das Konzept des R. gewann in den 1950er-Jahren an Bedeutung und ist insbesondere mit der Politik John Foster Dulles (US-Außenminister 1953-1959) verbunden.
Kuba-Krise	Konflikt zwischen den USA und der UdSSR im Jahr 1962, ausgelöst durch die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf der Karibikinsel Kuba. Die Kuba-Krise gilt als Höhe- und Wendepunkt des Kalten Krieges. Die UdSSR unter Nikita Chruschtschow versuchte, sich durch die Raketenstationierung einen strategischen Vorteil zu verschaffen. Aufklärungsflugzeuge der USA entdeckten die Raketen im Oktober 1962, am 22.10.1962 forderte US-Präsident Kennedy ultimativ ihren Abzug und verhängte eine Seeblockade um Kuba. Der Konflikt drohte in einen Atomkrieg zu eskalieren, aber nach intensiven Verhandlungen erklärte sich Chruschtschow am 28.10. zum Abzug

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	der Raketen bereit, während die USA auf eine Invasion Kubas verzichteten und ihre auf die UdSSR gerichteten Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzogen. Im Anschluss an die Kuba-Krise begannen beide Supermächte, ihr Krisenmanagement — z. B. durch die Einrichtung eines „heißen Drahtes“ - systematisch zu verbessern und begannen erste Schritte zur Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik (Abrüstung).
Friedliche Koexistenz	Ursprünglich aus der Sowjetunion stammender Begriff für die Idee eines friedlichen Nebeneinanders der beiden konkurrierenden Machtblöcke im Ost-West-Konflikt. Unter den Bedingungen des atomaren Patts sollte sich die Konkurrenz der Systeme auf die Bereiche der Ideologie, Wirtschaft und Gesellschaft beschränken und auf kriegerische Mittel verzichten.
Abrüstung	<p>Bezeichnung für Schritte der Begrenzung, Kontrolle und Verminderung militärischer Rüstung zur (präventiven) Friedenssicherung. In der Wende zum 20. Jh. wurden Abrüstungsfragen auf den großen Friedenskonferenzen in Den Haag (1899, 1907)— allerdings ohne Erfolg - verhandelt. Nach den beiden Weltkriegen wuchs die Einsicht in die Notwendigkeit internationaler Friedenssicherung und Abrüstung. Sie mündete in die Gründung des Völkerbundes (1919) und - nach dem Zweiten Weltkrieg - der Vereinten Nationen (UN) am 26.6.1 945. Durch die Herausbildung des Ost-West-Konfliktes nach 1945 und die mit ihm verbundene Atomrüstung wurden diese Bestrebungen jedoch zunächst vollständig überlagert. Beide Lager häuften riesige atomare, chemische, bakteriologische, aber auch konventionelle Waffenarsenale an (Atomwaffen). Die irrationalen Aspekte und die ökonomische Belastung der Hochrüstung bis zum sogenannten „overkill“ (die Möglichkeit, die Menschheit mehrfach auszulöschen) führten nach der Erfahrung der Kuba-Krise zu vermehrten Abrüstungsanstrengungen der Supermächte, die insgesamt von dem Versuch geprägt waren, ein „Gleichgewicht des Schreckens“ als zentrales friedenssicherndes Element im Kalten Krieg aufrecht-zuerhalten. Die wichtigsten Stationen waren: das Atomteststoppabkommen (1963), der Atomwaf-fensperrvertrag (1968), der SALT-Vertrag (1972), der ABM-Vertrag (1972), die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975), der INF-Vertrag (1987), das KSE-Abkommen (1990) sowie die START-Abkommen I + II (1991/93).</p> <p>Diese Abrüstungsverhandlungen waren mühselig und schwierig, weil keine der beiden Seiten ins Hintertreffen geraten wollte und es erhebliche Verifikationsprobleme zu überwinden galt. Sie wurden besonders in der Phase des „Second cold war“ seit 1977 durch erneute Rüstungsanstrengungen und -drohungen (NATO-Doppelbeschluss, SDI-Programm) gefährdet. Ein substanzieller Durchbruch gelang erst mit der Reformpolitik Gorbatschows seit 1985 (Glasnost) und der Selbstaflösung der Sowjetunion (1989/90). Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind Abrüstungsmaßnahmen einerseits einfacher geworden, stehen aber andererseits vor neuen Herausforderungen, wie vor allem labilen staatlichen Strukturen (besonders in den ehemaligen GUS-Staaten)</p>
KSZE-Schlussakte	1975 unterzeichneten 35 Staaten in Helsinki die Schlussakte der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Die wichtigsten Bestimmungen der Schlussakte (Gewaltverzicht, friedliche Lösung von Streitfällen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Anerkennung der Menschenrechte) sollten Stabilität und Frieden in Europa sichern helfen. Die offizielle Anerkennung der Menschenrechte in der KSZE-Schlussakte ermutigte osteuropäische Oppositionsbewegungen im Kampf gegen ihre Regierungen und beförderte die revolutionäre Entwicklung in Osteuropa. Die friedenssichernde Kraft der KSZE wurde durch eine Reihe von Folgekonferenzen gestärkt. Nach dem Ende der Sowjetunion gehören der KSZE 53 Staaten (seit 1993) an, 1995 ging sie in die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) über.
Glasnost und Perestroika	Glasnost (russ. Offenheit, Transparenz) und Perestroika (russ. Umgestaltung, Umbau) waren die beiden Schlagworte zur Kennzeichnung der Reformpolitik des Generalsekretärs der KPdSU und späteren Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Das Konzept der „Perestroika“ zielte auf die wirtschaftliche Umstrukturierung (im Sinne des Abbaus staatlicher Lenkung und stärkerer Dezentralisierung) der Sowjetunion, während gleichzeitig das Konzept der „Glasnost“ Gesellschaft, Politik und Kultur offener und freier gestalten sollte. In der Praxis bedeutete dies die Aufhebung von Zensurbestimmungen und die Zulassung offener Kritik. Obwohl ursprünglich von M. Gorbatschow nicht beabsichtigt, hatte die Dynamik dieser Reformpolitik innenpolitisch letztlich die Abkehr vom sozialistischen System und die territoriale Auflösung der Sowjetunion zur Folge. Außenpolitisch führte sie zu stärkerer Unabhängigkeit der anderen Staaten im kommunistischen Machtbereich und neuen Freiräumen für dortige Oppositionsbewegungen sowie zu weitreichenden Entspannungs- und Abrüstungsschritten im Verhältnis zur USA.

**9. DEUTSCHLAND 1945-1989**

Begriff	Definition
Stunde Null	Das „Dritte Reich“, woran viele Deutsche bis zum Schluss geglaubt hatten, war im Mai 1945 untergegangen, nachdem jahrelang durch die NS-Propaganda ein Sieg verheißen worden war. Die Vergangenheit erschien mit einem Schlag in einem neuen Licht, die Gegenwart war durch ungeheure Verluste geprägt und die Zukunft gänzlich ungewiss. In dieser Situation empfanden viele Menschen in Deutschland ein besonderes Gefühl, für das später der Begriff „Stunde Null“ geläufig wurde. Aus heutiger Sicht ist diese Chiffre allerdings problematisch. Das Jahr 1945 bedeutete zwar einen deutlichen Kontinuitätsbruch in der deutschen Geschichte, auf lange Sicht werden aber auch Kontinuitäten

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	deutscher Geschichte, z. B. aus der Weimarer Republik, aber auch aus der Zeit des Nationalsozialismus, sichtbar.
Potsdamer Konferenz	Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 wurden von den Siegermächten Amerika, England und Russland die zentralen Beschlüsse für den Umgang mit dem besiegten Deutschen Reich gefasst. Ein Alliiertes Kontrollrat sollte während der Besatzungszeit die überste Regierungsgewalt übernehmen, die Entmilitarisierung und >Entnazifizierung überwachen und über greifende Verwaltungseinheiten bilden. Eine zentrale deutsche Regierung war nicht vorgesehen, allerdings wollten die Besatzungsmächte die wirtschaftliche Einheit des Landes bewahren. Die Pläne zur „Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung“ Deutschlands erwiesen sich sehr bald als bloße Worthülsen, da sich die Vorstellungen der Westmächte über Inhalt und Durchführung der Vorhaben von jenen der UdSSR grundlegend unterschieden.
Besatzungszonen	Auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 wurde zwischen den drei Siegermächten (England, Amerika, Russland) über den Umgang mit dem besiegten Deutschen Reich verhandelt. Ein wichtiges Ergebnis war die Festschreibung der Aufteilung in vier Besatzungszonen. Neben den drei Verhandlungspartnern bekam auch Frankreich eine Zone zugewiesen. Trotz der Einteilung in Zonen sollte „in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“ eine gemeinsame Herrschaft erfolgen. Aber von Anfang an entwickelte sich ein Konflikt zwischen dem auf dem Papier angestrebten gemeinsamen Handeln und den unabhängigen Befugnissen für die eigene Besatzungszone. Mit dem Beginn des Kalten Krieges rückte somit die Vereinigung der vier Besatzungszonen zu einem deutschen Staat in immer weitere Ferne. 1947 schlossen sich die britische und die amerikanische Zone zur Bizone zusammen, 1948 vereinigten sie sich mit der französischen Zone zur Trizone. Diese Entwicklung mündete dann 1949 in die Gründung zweier Staaten, der DDR auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und der BRD auf dem der Trizone.
Demontage	Zur Befriedigung von Reparationsansprüchen und zur Verminderung der deutschen Wirtschaftskraft beschlossen die Alliierten auf der Potsdamer Konferenz den Abbau von Industriebetrieben und Infrastruktur-Einrichtungen, wie z.B. Eisenbahnlinien. Ungefähr die Hälfte aller Demontagen erfolgte in der sowjetischen Besatzungszone. In den Westzonen wurden sie frühzeitig eingestellt, weil die negativen Einflüsse auf die Wirtschaft dem seit 1947 zunehmend in den Mittelpunkt rückenden Ziel des Wiederaufbaus widersprachen. Paradoxe Weise sollten sich die ursprünglich als Strafen gedachten Maßnahmen langfristig als Vorteil für Deutschland herausstellen, weil alte Betriebe durch neue moderne Anlagen ersetzt wurden und so eine starke Modernisierung in Gang kam.
Reparationen	Nach dem Zweiten Weltkrieg verlangten die Alliierten vom besiegten Deutschland die Wiedergutmachung von Kriegsschäden. Diese sollte durch >Demontage von Industrieanlagen und Infrastruktur-Einrichtungen und deren Abtransport ins Ausland erfolgen. Nach dem >Potsdamer Abkommen sollten die alliierten Mächte drei Viertel der Sachleistungen aus den Beständen der eigenen Besatzungszonen entnehmen. Über den Rest sollte zwischen den einzelnen Zonen verhandelt werden. Die letztere Regelung führte jedoch bald zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion. Die Folge war, dass die Verhandlungen auf der im April 1947 stattfindenden Konferenz der Außenminister vollends scheiterten. Insgesamt am schwersten betroffen von den Reparationen war die SBZ, da sich in den Westzonen mit der Umsetzung des > Marshallplans 1948 die Einforderung der Reparationsleistungen sehr schnell verringerte.
Entnazifizierung	Die Entnazifizierung war ein Komplex von Maßnahmen zur Beseitigung des nationalsozialistischen Einflusses in Deutschland nach 1945. Grundlage hierfür waren Beschlüsse der Siegermächte auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam. Neben den gemeinsam durch die Siegermächte durchgeführten Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen (Aburteilung der NS-Führungspersonen und -Organisationen) entwickelten die USA in ihrer Besatzungszone ein System der politischen Säuberung, das in unterschiedlicher Intensität auch in den anderen Besatzungszonen angewandt wurde. Seit 1946 hatten speziell eingerichtete deutsche Spruchkammern Betroffene in fünf Kategorien von „Hauptschuldige“ bis „Entlastete“ einzustufen. Die damit gekoppelten Strafen reichten von der Inhaftierung bis zu Geldbußen. Die Wirksamkeit der Entnazifizierung litt unter der Menge der Verfahren. Eine Flut von Bagatellfällen blockierte die Beschäftigung mit schwerwiegenden Fällen, die oft keinen Abschluss fanden. Oftmals konnten sich Belastete durch „Persilscheine“ (positive Bescheinigungen von Freunden etc.) gegenseitig entlasten. Nach dem Rückzug der Alliierten aus den Verfahren lief die Entnazifizierung schrittweise aus und wurde 1954 ganz beendet (in der SBZ schon 1948). In den Westzonen betraf die Entnazifizierung ca. 6 Millionen Menschen, wovon fast 1 700 Personen als Hauptschuldige, 23000 als Belastete, 150000 als Minderbelastete und 1,6 Millionen als Mitläufer eingestuft wurden. (Vgl. zur Entnazifizierung Reeducation und für die SBZ Bodenreform.)
Reeducation	Eine wichtige Säule der auf der >Potsdamer Konferenz beschlossenen >Entnazifizierung Deutschlands war neben der Säuberung des Landes von ehemaligen Verantwortlichen des NS-Regimes die „Reeducation“ - die „Umerziehung“ - der Deutschen. In diesen Bereich fielen die Reformen im Schulwesen, in der Kulturpolitik und im Presse- und Rundfunkwesen. Die Maßnahmen stießen vielfach auf große Ablehnung in der deutschen Bevölkerung, wie die sofort durchgeführte Schließung aller Schulen oder der Zwang, Dokumentarfilme über die geöffneten Konzentrationslager anzusehen oder sie zu besichtigen. Viele Maßnahmen hatten auch nur kurzen Bestand. So wurden die Schulen in allen Zonen - ohne vorherige Durchführung von Reformen—schon im Herbst 1945

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	aus pragmatischen Gründen wieder eröffnet.
Bodenreform	Die seit September 1945 durchgeführte Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone stand im Kontext der Entnazifizierung. Nach der kommunistischen Faschismustheorie waren es vor allem die Großgrundbesitzer gewesen, die als treibende Kraft hinter der NS-Bewegung gestanden hatten. Deren Ausschaltung wurde dadurch zu einem wichtigen Bestandteil, um Kräften, die den Nationalsozialismus ermöglicht hatten, die Basis zu entziehen. Die Durchführung sah so aus, dass Großgrundbesitz in einen sogenannten Bodenfonds überführt und anschließend in kleinen Einheiten verteilt wurde. Allerdings wurde ca. 1/3 der Fläche in „Volkseigentum“ - also staatliches Eigentum - überführt. Außerdem mussten langfristig viele Neueigentümer durch Zwang des Staates ihr Land an die kollektiven Großbetriebe (LPGs) wieder abgeben. Ein wichtiges Ergebnis der Bodenreform in der Ostzone war die Auflösung der sozialen Schicht des großgrundbesitzenden Adels.
Parlamentarische Demokratie	Die parlamentarische Demokratie beruht auf dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes, der Volkssouveränität, und stellt ein freiheitliches, selbstbestimmtes und offenes politisches System dar. Die größte Macht liegt beim Parlament, d. h., dass ohne eine Mehrheit im Parlament keine weiterreichenden politischen Entscheidungen getroffen werden können (Mehrheitsprinzip).
Bizone	Zusammenschluss zwischen der amerikanischen und britischen Besatzungszone am 01.01.1947, gilt als erster Schritt zur Gründung des westdeutschen Staates. Die Bizone wurde im April 1949 zur Trizone erweitert, indem die französische Zone der Bizone angeschlossen wurde.
Marschallplan (ERP)	Offiziell „European Recovery Program. Der Marshallplan war ein umfassendes Hilfsprogramm für Europa (im Juni 1947 durch den amerikanischen Außenminister G. C. Marshall angekündigt). Es war durch die Einsicht motiviert, dass nur eine funktionierende Marktwirtschaft in Europa profitable Absatzmärkte für Amerika bringen würde, und durch die Angst vor einer weiteren Ausbreitung der kommunistischen Einflussphäre. Die in vielen Ländern Europas Not leidende Bevölkerung sollte gegen den Kommunismus durch die Verbesserung der Wirtschaftslage immunisiert werden. Die Strategie war dabei eine Hilfe zur Selbsthilfe in Form von Krediten zur Wiederherstellung der Fähigkeit zu eigener Güterproduktion. Die sowjetische Besatzungszone durfte sich auf Druck der Sowjetunion wie die anderen unter russischem Einfluss stehenden Länder nicht an dem Programm beteiligen, obwohl es ihnen von amerikanischer Seite aus offen gestanden hätte. Diese Ablehnung durch die Staaten des sowjetischen Einflussbereichs wurde von den Vereinigten Staaten bewusst einkalkuliert und in Kauf genommen, um selbst Einfluss auf Westeuropa nehmen zu können.
Währungsreform	Die westlichen Alliierten führten in ihren >Besatzungszonen am 21. Juni 1948 eine Währungsreform durch, bei der die Reichsmark durch die Deutsche Mark (DM) ersetzt wurde. Jeder Westzonenbürger wurde mit 60 Mark Bargeld ausgestattet, die Umwertung von Spareinlagen und Guthaben erfolgte im Verhältnis 1: 10, Gehälter und Zahlungen blieben im Verhältnis 1: 1. Mit der einseitigen Währungsreform in Westdeutschland und Westberlin legten die Westmächte und der ihnen unterstellte Direktor des Amtes für Wirtschaft, Ludwig Erhard, den Grundstein für die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Als Reaktion begann die Sowjetunion am 23. Juni mit der Blockade Berlins und führte in der sowjetischen Besatzungszone eine eigene Währungsreform durch.
Parlamentarischer Rat	Im Zuge des Staatsbildungsprozesses in den Westzonen beauftragten die westlichen Alliierten im Juli 1948 die Deutschen damit, eine Verfassung auszuarbeiten. Daraufhin trat im September 1948 ein „Parlamentarischer Rat“ zusammen, der indirekt aus freien, allgemeinen und geheimen Wahlen hervorgegangen war. Dieser erarbeitete nicht eine Verfassung - wie von den Alliierten formuliert - sondern nur ein „Grundgesetz“, um auf die Vorläufigkeit dieses Vorganges hinzuweisen (letztliches Ziel Verfassung für Gesamtdeutschland). Besonders berücksichtigt wurden historische Lehren aus der Zeit der Weimarer Republik, wie zum Beispiel die deutliche Beschneidung der rechtlichen Vollmachten des Reichspräsidenten zugunsten repräsentativer Aufgaben. Am 24. Mai 1949 trat das Verfassungswerk in Kraft.
Deutscher Volkskongress	Im Dezember 1947 versuchte die SED, auf gesamtdeutscher Ebene eine Bewegung „Deutscher Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ zu initiieren. Aber die Initiativen blieben auf die SBZ wegen der Ablehnung durch die Westalliierten beschränkt. Diese befürchteten bei einer gesamtdeutschen Staatsgründung, dass die Sowjetunion massiv Einfluss nehmen würde, um ihr Gesellschaftskonzept gegen eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung durchzusetzen. Der Dritte Volkskongress, der den Staatsbildungsprozess in der Ostzone zum Abschluss bringen sollte, wurde in der SBZ im Mai 1949 gewählt. Die Wahl erfolgte nach dem Prinzip der Einheitsliste einem pseudodemokratischen Verfahren.
Deutsche Frage	Mit der „deutschen Frage“ war ein zentrales auf der Potsdamer Konferenz ungelöstes Problem gemeint: der endgültige noch abzuschließende Friedensvertrag, in dem die territoriale und staatliche Zukunft Deutschlands als Ganzes geregelt werden würde. Eine Außenministerkonferenz sollte diesen vorbereiten. Aber die zunächst als Provisorien eingerichteten Besatzungszonen sollten sich hinsichtlich der Trennung zwischen West- und Ostzonen als Dauerzustand erweisen, da die einstigen gemeinsamen Kriegsgegner Deutschlands bald nicht mehr zur Kooperation bereit waren und das besetzte Land zum Austragungsort des Ost-West-Konflikts wurde. Erst mit dem Mauerfall 1989 und dem anschließenden 2+4-Vertrag sollte die „deutsche Frage“ der Nachkriegszeit ein definitives Ende finden.
Grundgesetz	Das G. wurde vom Parlamentarischen Rat als verfassungsrechtliche Grundlage der Bundesrepublik Deutschland am 8.5.1949 beschlossen und trat nach der - unter Vorbehalten gegebenen - Zustimmung

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	<p>mung der drei Westalliierten und der Ratifizierung durch alle Landtage - außer Bayern - am 24.5.1949 in Kraft. Der Begriff „Grundgesetz“ betonte bewusst den provisorischen Charakter des Verfassungswerkes vor dem Hintergrund der deutschen Teilung. Seit der Wiedervereinigung der „alten“ mit den „neuen“ Bundesländern am 3.10.1990 gilt das G. für ganz Deutschland.</p>
Westintegration	<p>Bezeichnung für die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten und der USA. Wichtige Stationen der W. waren: Die Bildung der Montanunion (18.4.1951), der „General- oder Deutschlandvertrag“ (27.5.1 952), die (später am Einspruch des französischen Parlamentes gescheiterte) Vereinbarung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG, 27.5.1 952) sowie der Beitritt zur WEU und zur &gt;NATO in den „Pariser Verträgen“ (19.-23.10.1954), die am 5.5.1955 in Kraft traten. Die Politik der W. wurde vor allem von dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) betrieben, um zu einer schrittweisen Wiedererlangung staatlicher Souveränität zu gelangen und um die Bundesrepublik vor machtpolitischen Einflussversuchen der Sowjetunion zu schützen. Sie war vor allem wegen ihres Widerspruchs im Hinblick auf das Ziel der deutschen Einheit umstritten.</p>
Berliner Mauer	<p>Die Berliner Mauer wurde am 13.8.1961 von der Regierung der DDR entlang der Sektorengrenze zwischen dem sowjetischen Sektor und den Westsektoren Berlins errichtet und trennte beide Teile mithilfe von Betonmauern, Stacheldrahtzäunen, Selbstschussanlagen und Minen hermetisch voneinander ab. Der von der DDR-Regierung sogenannte „antifaschistische Schutzwall“ sollte den Flüchtlingsstrom aus der DDR nach Westberlin bzw. in die Bundesrepublik unterbinden. Beim Versuch, die Grenze zu überwinden, kamen 178 Menschen ums Leben, davon 79 durch Schüsse von Grenzsoldaten der Nationalen Volksarmee der DDR. Die friedliche Revolution in der DDR führte am 9.11.1989 zur Öffnung der Berliner Mauer, am 1.7.1990 wurden die Grenzkontrollen vollständig abgeschafft. Heute existieren nur noch einzelne Reste der Berliner Mauer, die als historische Denkmäler genutzt werden.</p>
NATO	<p>(engl. North Atlantic Treaty Organization) Westliches Verteidigungsbündnis unter Führung der USA, das sich selbst auch als politisches und kulturelles Bündnis mit gemeinsamen Wertvorstellungen versteht. Die NATO wurde 1949 gegründet und bildete im Kalten Krieg den westlichen Gegenpol zum von der UdSSR dominierten &gt;Warschauer Pakt. Die Bundesrepublik trat der NATO 1955 bei. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes (Juli 1991) und dem Ende der UdSSR (Dezember 1991) verlor die NATO einen wesentlichen Teil der mit ihrer Gründung verbundenen Zielsetzung und entwickelte 1991 ein neues strategisches Konzept.</p>
SED	<p>Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Tragende Staatspartei der DDR, gegründet im April 1946 durch die von der sowjetischen Besatzungsmacht betriebene Vereinigung von KPD und SPD. Die SED war keine demokratische, sondern eine zentralistisch strukturierte Partei. Formell oberstes Organ war der seit 1971 alle fünf Jahre stattfindende Parteitag, der das Zentralkomitee (ZK) wählte, das wiederum die eigentlichen Machtzentren der Partei, das Politbüro und das Sekretariat des ZK, bestimmte. Tatsächlich wählte das Politbüro sich immer selbst, denn ohne Ausnahme in der gesamten Geschichte der SED folgte das ZK den Wahlvorschlägen des Politbüros. Mächtigste Personen waren die Generalsekretäre des ZK der SED Walter Ulbricht (1946-1971) und Erich Honecker (1971-1989). Nach der friedlichen Revolution in der DDR ging die SED in die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) über.</p>
SED-Staat	<p>Abwertende Bezeichnung für das von der &gt;SED dominierte Staatssystem der DDR. Formal basierte die DDR zwar auf allgemein anerkannten Grundsätzen der Demokratie, faktisch aber handelte es sich um einen diktatorisch regierten Einparteiensstaat. Die SED begründete ihre „führende Rolle in Staat und Gesellschaft“ mit einer angeblich wissenschaftlich erwiesenen, besonderen historischen Aufgabe der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei in der Phase des Sozialismus.</p>
Blockparteien	<p>Formal selbstständige, aber dem Führungsanspruch der SED unterworfenen „bürgerliche“ Parteien in der DDR (Christlich Demokratische Union/CDU, Demokratische Bauernpartei/DBP, Liberaldemokratische Partei/LDPD, Nationaldemokratische Partei/NPD). Die B. bildeten gemeinsam mit der SED eine Einheitsliste der sogenannten „Nationalen Front“ und erhielten eine festgelegte Zahl von Sitzen in der Volkskammer. Sie dienten der Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen in das sozialistische System des SED-Staates.</p>
Sozialismus	<p>Der Begriff steht sowohl für eine Weltanschauung als auch für eine politische Bewegung mit sozialistischen Zielen (z. B. – Marxismus). Als Gegenbewegung zum – Kapitalismus und – Liberalismus verfolgte der Sozialismus das Ziel einer umfassenden Veränderung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Es gibt im 19. Jahrhundert verschiedene Ausprägungen des Sozialismus. Im Kern geht es jedoch allen Richtungen darum, eine sozial ungleiche und als ungerecht empfundene Verteilung von Besitz in der Gesellschaft zu beseitigen oder zumindest Eigentum umzuverteilen und politisch eine demokratische Gleichberechtigung unterprivilegierter Schichten zu erkämpfen.</p>
Verfassung der DDR	<p>Die Verfassung der DDR trat am 7.10.1949 in Kraft und bildete das verfassungsrechtliche Gegenstück zum &gt;„Grundgesetz“ der Bundesrepublik Deutschland. Zentrale Verfassungsorgane waren die Volkskammer, der Ministerrat und der Staatsrat. Die späteren Neufassungen (1968 und 1974) dokumentierten den Wandel des Selbstverständnisses der DDR hin zu einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. (Vgl. auch SED-Staat.)</p>
Warschauer Pakt	<p>Auch WVO (Warschauer Vertragsorganisation), Verteidigungsbündnis des Ostblocks unter Führung</p>



**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	der UdSSR. Der W. wurde am 14.5.1955 als Reaktion auf den Beitritt der Bundesrepublik zur >NATO gegründet. Er bildete im >Kalten Krieg das Gegenstück zur NATO, diente aber auch der inneren Disziplinierung der Gesellschaften des Ostblocks durch die Niederschlagung von Reformbewegungen (DDR 1953, Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968). Mit der Reformpolitik Gorbatschows seit 1985 und dem Zusammenbruch der UdSSR 1989/90 verlor der W. seine Grundlage und wurde am 1.7.1991 aufgelöst.
Soziale Marktwirtschaft	Nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik vor allem von Alfred Müller-Armack (1901-1978) entwickelte und von Ludwig Erhard (1897-1977) politisch umgesetzte Wirtschaftsordnung, die den Grundgedanken der freien Marktwirtschaft (die Koordination von Angebot und Nachfrage durch den Marktpreis) durch Maßnahmen des sozialen Ausgleichs ergänzt. Nach dem Konzept der S. ist schon die Wirkung des freien Marktes „sozial“, da sie die Warenproduktion an der Nachfrage der Bevölkerung ausrichtet; in bestimmten Bereichen reiche allerdings der Marktmechanismus nicht aus und müsse durch sozialpolitische Maßnahmen korrigiert werden.
Planwirtschaft	Auch Zentralverwaltungswirtschaft; Wirtschaftsordnung der kommunistischen Staaten, z. B. der UdSSR und der DDR. In der P. werden zentrale ökonomische Entscheidungen (z. B. über Produktionsmengen oder —preise) nicht dezentral durch Angebot und Nachfrage auf dem Markt, sondern von einer zentralen Planungsbehörde getroffen und angeordnet. Die P. geht vom Grundsatz des Vorrangs der Politik gegenüber der Ökonomie aus, d. h. wirtschaftliche Entscheidungen sollen politisch begründet sein. Die zentrale Voraussetzung der P. ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel.
Neue Ostpolitik	Bezeichnung für die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition (1969-1982), die das Verhältnis zu den Ostblockstaaten, insbesondere zu Polen, der UdSSR und der DDR, durch vertrauensbildende Maßnahmen Verträge und wirtschaftliche Zusammenarbeit normalisierte. Diese Ostpolitik bildete das Gegenstück zur >Westintegration in der Ara Adenauer. Die neue Ostpolitik ging von der Anerkennung der territorialen und politischen Verhältnisse aus, die als Folge des Zweiten Weltkrieges entstanden waren. Ziel dieser Politik war es, die Teilung Deutschlands und Europas für die betroffenen Menschen erträglicher zu machen und zur Entspannung zwischen den Blöcken beizutragen. Die Ostpolitik wurde vor allem von den Vertriebenenverbänden heftig bekämpft und führte zu einer der schärfsten innenpolitischen Kontroversen in der Geschichte der Bundesrepublik.
Grundlagenvertrag	Als zentraler Bestandteil der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierung wurde 1972 der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik geschlossen, der ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und eine allmähliche Normalisierung ihrer Beziehungen ermöglichte. Die bayrische CSU-Landesregierung focht den Vertrag als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar an. Das Bundesverfassungsgericht wies jedoch diese Klage zurück.
Außerparlamentarische Opposition	Als außerparlamentarische Opposition wird eine politische Bewegung bezeichnet, die weder im Parlament noch durch eine sonstige Partei vertreten ist. Als in Deutschland die Große Koalition von SPD und CDU/CSU zwischen 1966 und 1969 die Notstandsgesetze durchsetzte, sammelten sich linke Strömungen in der A., da sie sich im Parlament nicht mehr vertreten fühlen. Ihr wichtigster Bestandteil war die Studentenbewegung, in der der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) die führende Rolle hatte. Ausgehend von der Forderung, die Universitäten zu demokratisieren, weitete die A. ihre Kritik auf alle als undemokratisch empfundenen gesellschaftlichen Verhältnisse aus, die sie in einem sozialistisch-revolutionären Sinne verändern wollte. Sie erprobte neue Formen des Protestes (Sit-ins, begrenzte Regelverletzungen) und des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften). Mit dem Beginn der sozial-liberalen Koalition löste sich die A. auf. Viele ihrer Aktivisten fanden sich in den neuen sozialen Bewegungen der 70er- und 80er-Jahre wieder.
1968 / 68er-Bewegung	Das Jahr 1968 stellte einen zentralen Wendepunkt politischer Kultur dar, der durch die Studentenbewegungen in den westlichen Industrienationen erzwungen wurde. Die Proteste - Massendemonstrationen, „Sit ins“, ziviler Ungehorsam, aber auch Gewalt gegen Sachen und Personen— richteten sich einerseits gegen den sog. imperialistischen Neokolonialismus“ des Westens, z. B. gegen die militärische Intervention der USA in Vietnam, und andererseits gegen die als undemokratisch und repressiv empfundenen bürgerlichen Herrschaftseliten im eigenen Land wie auch gegen ihre Werte und Normen. Die Revolte führte zu einer Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft. Sie eskalierte im politischen Terrorismus kleiner radikaler Splittergruppen, z. B. der Roten Armee Fraktion in der BRD, die eine Vielzahl an Mordanschlägen verübte.
Notstandsgesetze	Die Notstandsgesetze wurden 1968 von der Großen Koalition in das >Grundgesetz eingefügt. Sie sollen die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisensituationen (innere Unruhen, Krieg, Naturkatastrophen) gewährleisten. Durch die Notstandsverfassung wird die Stellung der Exekutive auf Kosten des Parlaments gestärkt. Selbst Grundrechte können unter bestimmten Bedingungen außer Kraft gesetzt werden. Aufgrund der verhängnisvollen Erfahrungen mit dem Notstandsartikel (Art. 48) der Weimarer Verfassung, der die Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie ermöglicht und den Aufstieg Hitlers begünstigt hatte, stießen die Notstandspläne der Bundesregierung (seit 1958) auf heftigen Widerstand bei der FDP, den Gewerkschaften und der >außerparlamentarischen Opposition. Erst durch die Große Koalition von SPD und CDU/CSU und nach Berücksichtigung einiger Vorbehalte der SPD konnten sie verabschiedet werden. Die Notstandsgesetze waren Voraussetzung für die volle Souveränität der Bundesrepublik, da sie die Vorbehaltsrechte der Alliierten zum Schutz ihrer in

**LISTE WICHTIGER BEGRIFFE**

	Deutschland stationierten Truppen ablösen. Bis jetzt wurde die Notstandsverfassung noch nicht angewendet.
Ministerium für Staatssicherheit / Stasi	Abkürzung für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR. Die Stasi verstand sich als „Schild und Schwert“ der >SED. Sie verfügte über einen militärisch organisierten Apparat von ca. 91 000 hauptamtlichen Mitarbeitern und 173000 inoffiziellen Mitarbeitern (IM), die die 17 Millionen Einwohner der DDR bespitzelten und z.T. terrorisierten. Die zentrale Aufgabe der Stasi war die Überwachung und Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen in der DDR.
Real existierender Sozialismus	Als real existierender Sozialismus wurde das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in der UdSSR und den anderen Staaten des Ostblocks bezeichnet, die für sich in Anspruch nahmen, den Sozialismus in die Praxis umgesetzt zu haben. Sozialistische Theorien waren aus den Erfahrungen mit der Industrialisierung und dem Frühkapitalismus entstanden und zielten auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit. In der Tradition der Aufklärung vertrauten sie auf die Möglichkeit, Wirtschaft und Gesellschaft rational zu planen und harmonisch zu gestalten. Von den verschiedenen sozialistischen Theorien war es vor allem die von Karl Marx und Friedrich Engels (>Marxismus), auf die sich die Staaten des real existierenden Sozialismus beriefen. Mit dem Begriff real existierender Sozialismus wurde Kritik abgewehrt, die auf die Diskrepanz zwischen der sozialistischen Theorie und der Praxis in diesen Staaten hinwies. Seit der Wende 1989 gilt der Realsozialismus, insbesondere wegen der massiven Verstöße gegen Menschenrechte in realsozialistischen Ländern, als diskreditiert.
NATO-Doppelbeschluss	Bezeichnung für den im Dezember 1979 getroffenen Beschluss der NATO, in vier Jahren mit der Stationierung von modernen, atomaren Mittelstreckenraketen (Pershing II) in Westeuropa zu beginnen, falls die UdSSR bis dahin nicht ihre atomaren Mittelstreckenraketen aus Osteuropa („SS-20“) abgebaut hätte. Der N. enthält also eine doppelte, kombinierte Zielrichtung: Rüstungsdrohung und Abrüstungsangebot. Die Auseinandersetzung um den N. bildete einen der Höhepunkte der Phase des „Second Cold War“ der 1970er- und 1980er Jahre.

**10. EPOCHENJAHR 1989 UND DEUTSCHE EINHEIT**

Begriff	Definition
Wende	Bezeichnung für eine tiefgreifende Veränderung in der Gesamtpolitik eines Staates. Als Wende wurde - insbesondere von der CDU/CSU - der Übergang von der sozial-liberalen Regierungskoalition unter Helmut Schmidt zur konservativ-liberalen Regierung unter Helmut Kohl 1982 bezeichnet. Inzwischen wird der Begriff vor allem für das Ende der SED-Herrschaft und vor allem der Sturz der alten Herrschaftsriege um Erich Honecker am 18.10.1989 in der DDR benutzt, weil damit das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR zusammenbrach, was schließlich zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik führte.
Montagsdemonstrationen	Wöchentliche Demonstrationen während des Jahres 1989 in Leipzig im Anschluss an das Montagsgebet in der Nicolaikirche, deren Teilnehmerzahl stetig zunahm und die sich zu einem zentralen Ausdrucksmittel der Oppositionsbewegung in der DDR entwickelten. Den Höhepunkt der M. bildete die Montagsdemonstration vom 9.10.1989 mit etwa 90000 Teilnehmern. Die - nach dem Ende der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR (7.10. 1989)—von vielen erwartete blutige Konfrontation mit der Volkspolizei und der NVA blieb aus; die Opposition hatte ihr Demonstrationsrecht durchgesetzt.
Runder Tisch	Bezeichnung für ein politisches Gremium, das aus mehreren gesellschaftlichen Gruppen zusammengesetzt ist und das um den Ausgleich divergierender Interessenlagen bemüht ist. Geprägt wurde der Begriff zuerst für die Gespräche am „Runden Tisch“ in Polen in der Übergangsphase vom kommunistischen Regime zur demokratischen Republik 1989. In der DDR entstanden „Runde Tische“ 1989 als neue informelle Gremien. Am 7.12.1989 wurde der Zentrale Runde Tisch in Ost-Berlin etabliert, der bis zum 12.3.1990 die Arbeit der Übergangsregierung stark beeinflusste. Heute kommt es immer dann zu Runden Tischen, wenn Vertreter von verschiedenen Institutionen, die sich auf verschiedenen Hierarchie-Ebenen befinden können, eine von allen Seiten anerkannte Kompromiss-Lösung finden sollen.
Zehn-Punkte-Plan	Plan zur Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, den Bundeskanzler Kohl in einer Regierungserklärung am 28.11.1989 vorstellte.
2+4-Gespräche / 2+4-Vertrag	„Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, von den Außenministern der vier ehemaligen Besatzungsmächte in Deutschland (USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien) sowie den Außenministern der beiden deutschen Staaten (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnetes Abkommen, das die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit sowie die Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten behandelt. Auf der Grundlage des Zwei-plus-Vier-Vertrages wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.
Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik zur Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozial-Union. Sie markiert die Übergangsphase im Prozess der deutschen Vereinigung zwischen dem 1. Juli 1990 und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Gemäß dem am 16. Mai 1990 von den beiden deutschen Staaten unterzeichneten Staatsvertrag übernahm die DDR zum 1. Juli 1990 das währungs-, wirtschafts- und sozialpolitische System der BRD; alle auf der sozialistischen Planwirtschaft der DDR beruhenden Vorschriften

NAME:

DATUM:

KLASSE/KURS:

## LISTE WICHTIGER BEGRIFFE

	traten außer Kraft.
Friedliche Revolution	Bezeichnet den Umsturz des SED-Regimes ohne gewalttätige Auseinandersetzung. Revolutionen kommen in der Regel nicht ohne diese aus; die meisten Revolutionen in der Geschichte forderten eine große Zahl an Todesopfern oder wurden durch Kriege erzwungen (z. B. Amerika 1776, Frankreich 1789, Deutschland 1848, Russland 1917).
Einigungsvertrag	„Vertrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands“, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik geschlossen wurde. Die DDR-Volkskammer und der Deutsche Bundestag stimmten dem Vertrag am 20. September 1990 zu, womit die rechtliche Grundlage für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten geschaffen war. Am 3. Oktober 1990 erfolgte der Beitritt der „neuen Länder“ zur Bundesrepublik Deutschland.